

INTERNATIONALE VEREINBARUNGEN ÜBER DIE BEILEGUNG PRIVATER INVESTITIONSTREITIGKEITEN MIT NEUEN STAATEN IN ÜBERSEE

Eine Dokumentation von PETER FISCHER

Übersicht

- A. Übereinkommen zur Beilegung von Investitionstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten vom 18. März 1965
- B. Schiedsordnung vom 25. September 1967
- C. Beispiele von Unterwerfungsvereinbarungen nach Art. 25 Abs. 1:
 - a) Vertrag zwischen Mauretanien und der „Société Planet Oil and Mineral Corporation“ vom 18. Juli 1967
 - b) Vertrag zwischen Mauretanien und der „Société minière de Mauritanie“ (S.O.M.I.M.A.) vom 18. Juli 1967
 - c) Vertrag zwischen Island und der „Swiss Aluminium Ltd. (Alusuisse)“ vom 20. September 1966
- D. Die Schiedsgerichtsbestimmungen des afghanischen Investitionsförderungsgesetzes vom 20. Februar 1967
- E. Die Schiedsklausel des Vertrages zwischen dem Irak und der „Entreprise de recherches et d'activités pétrolières“ (ERAP) vom 3. Februar 1968

A. Übereinkommen zur Beilegung von Investitionstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten*

PRÄAMBEL

Die Vertragsstaaten —

eingedenk der Notwendigkeit, zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung international zusammenzuarbeiten, und eingedenk der Bedeutung, welche internationalen privaten Investitionen auf diesem Gebiet zukommt,

im Hinblick darauf, daß im Zusammenhang mit derartigen Investitionen Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten und Angehörigen anderer Vertragsstaaten jederzeit entstehen können,

in der Erkenntnis, daß solche Streitigkeiten zwar für gewöhnlich Gegenstand innerstaatlicher Verfahren sind, in bestimmten Fällen jedoch ein internationales Verfahren zu ihrer Beilegung angebracht sein kann,

in Anbetracht der besonderen Bedeutung, die sie der Schaffung internationaler Vergleichs- und Schiedseinrichtungen beimessen, denen Vertragsstaaten und Angehörige anderer Vertragsstaaten auf Wunsch solche Streitigkeiten unterbreiten können,

in dem Wunsch, derartige Einrichtungen unter der Obhut der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu schaffen,

* Für diese dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellte und hier wiedergegebene offizielle Übersetzung der „Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States“ sei dem Völkerrechtsbüro des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Wien, an dieser Stelle herzlich gedankt.

in der Erkenntnis, daß die gegenseitige Einwilligung der Parteien, solche Streitigkeiten unter Inanspruchnahme der genannten Einrichtungen einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren zu unterwerfen, eine rechtsverbindliche Vereinbarung darstellt, die insbesondere erfordert, daß jede Empfehlung der Vermittler gebührend berücksichtigt und jedem Schiedsspruch nachgekommen wird, und mit der Erklärung, daß allein die Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens durch einen Vertragsstaat nicht dessen Verpflichtung bedeutet, eine bestimmte Streitigkeit ohne seine Zustimmung einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren zu unterwerfen —
sind wie folgt übereingekommen:

KAPITEL I

Das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

ABSCHNITT 1

Gründung und Organisation

Artikel 1

- (1) Hiermit wird ein Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (im folgenden als Zentrum bezeichnet) errichtet.
- (2) Zweck des Zentrums ist es, nach Maßgabe dieses Übereinkommens Vergleichs- und Schiedseinrichtungen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Vertragsstaaten zur Verfügung zu stellen.

Artikel 2

Sitz des Zentrums ist der Sitz der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (im folgenden als Bank bezeichnet). Der Sitz kann durch einen vom Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder gefaßten Beschluß an einen anderen Ort verlegt werden.

Artikel 3

Das Zentrum besteht aus einem Verwaltungsrat und einem Sekretariat. Es führt je ein Verzeichnis von Vermittlern und von Schiedsrichtern.

ABSCHNITT 2

Der Verwaltungsrat

Artikel 4

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus einem Vertreter jedes Vertragsstats. Nimmt ein Vertreter an einer Sitzung nicht teil oder ist er verhindert, so kann ein Stellvertreter für ihn tätig werden.
- (2) Erfolgt keine Ernennung, so sind der von einem Vertragsstaat ernannte Gouverneur der Bank und dessen Stellvertreter von Amts wegen Vertreter und Stellvertreter.

Artikel 5

Der Präsident der Bank ist von Amts wegen Vorsitzender des Verwaltungsrats (im folgenden als Vorsitzender bezeichnet), hat jedoch kein Stimmrecht. Ist er abwesend oder verhindert oder ist die Stelle des Präsidenten der Bank nicht besetzt, so handelt der amtierende Präsident als Vorsitzender des Verwaltungsrats.

Artikel 6

- (1) Unbeschadet der ihm in anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens zugewiesenen Befugnisse und Aufgaben hat der Verwaltungsrat folgende Aufgaben:
- a) er beschließt die Verwaltungs- und Finanzordnung für das Zentrum;
 - b) er beschließt die Verfahrensordnung für die Einleitung von Vergleichs- und Schiedsverfahren;
 - c) er beschließt die Verfahrensordnungen für das Vergleichs- und das Schiedsverfahren (im folgenden als Vergleichsordnung und Schiedsordnung bezeichnet);
 - d) er genehmigt die Vereinbarungen mit der Bank über die Benutzung ihrer Verwaltungseinrichtungen und Verwaltungsdienste;
 - e) er bestimmt die Anstellungsbedingungen für den Generalsekretär und die Stellvertretenden Generalsekretäre;
 - f) er beschließt den jährlichen Haushaltsplan der Einnahmen und Ausgaben des Zentrums;
 - g) er genehmigt den jährlichen Tätigkeitsbericht des Zentrum.

Beschlüsse nach den Buchstaben a, b, c, und f bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats.

(2) Der Verwaltungsrat kann die Ausschüsse einsetzen, die er für erforderlich hält.

(3) Ferner übt der Verwaltungsrat alle sonstigen Befugnisse aus und nimmt alle sonstigen Aufgaben wahr, die er zur Durchführung dieses Übereinkommens für erforderlich hält.

Artikel 7

(1) Der Verwaltungsrat hält eine Jahrestagung sowie zusätzliche Tagungen ab, soweit letztere vom Rat beschlossen oder vom Vorsitzenden oder auf Wunsch von mindestens fünf Ratsmitgliedern vom Generalsekretär anberaumt werden.

(2) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme; soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, werden alle dem Rat vorgelegten Fragen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden.

(3) Bei allen Tagungen ist der Verwaltungsrat verhandlungs- und beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(4) Der Verwaltungsrat kann mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder eine Verfahrensregelung annehmen, wonach der Vorsitzende den Rat schriftlich abstimmen lassen kann, ohne ihn einzuberufen. Eine solche Abstimmung ist nur dann gültig, wenn die Mehrheit der Ratsmitglieder innerhalb der in der Verfahrensregelung festgesetzten Frist daran teilgenommen hat.

Artikel 8

Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten die Mitglieder und der Vorsitzende des Verwaltungsrats vom Zentrum keine Vergütung.

ABSCHNITT 3

Das Sekretariat

Artikel 9

Das Sekretariat besteht aus einem Generalsekretär, einem oder mehreren Stellvertretenden Generalsekretären und dem Personal.

Artikel 10

(1) Der Generalsekretär und die Stellvertretenden Generalsekretäre werden auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit seiner

Mitglieder auf höchstens sechs Jahre gewählt; ihre Wiederwahl ist zulässig. Nach Konsultierung der Mitglieder des Verwaltungsrats schlägt der Vorsitzende einen oder mehrere Kandidaten für jedes Amt vor.

(2) Das Amt des Generalsekretärs und des Stellvertretenden Generalsekretärs ist unvereinbar mit der Ausübung eines politischen Amtes. Sofern nicht der Verwaltungsrat eine Ausnahme zuläßt, dürfen der Generalsekretär und die Stellvertretenden Generalsekretäre weder eine abhängige noch eine sonstige berufliche Tätigkeit ausüben.

(3) Ist der Generalsekretär abwesend oder verhindert oder ist sein Amt nicht besetzt, so nimmt der Stellvertretende Generalsekretär die Aufgaben des Generalsekretärs wahr. Sind mehrere Stellvertretende Generalsekretäre vorhanden, so bestimmt der Verwaltungsrat im voraus, in welcher Reihenfolge sie diese Aufgaben wahrnehmen sollen.

Artikel 11

Der Generalsekretär ist der gesetzliche Vertreter des Zentrums, leitet es und ist für dessen Verwaltung, einschließlich der Anstellung des Personals, nach Maßgabe dieses Übereinkommens und der vom Verwaltungsrat beschlossenen Regelungen verantwortlich. Er amtiert als Kanzler und ist befugt, die auf Grund dieses Übereinkommens erlassenen Schiedssprüche zu beurkunden und Abschriften davon zu beglaubigen.

ABSCHNITT 4

Verzeichnisse

Artikel 12

Das Vermittlerverzeichnis und das Schiedsrichterverzeichnis enthalten die Namen geeigneter Personen, die nach den folgenden Bestimmungen benannt worden sind und der Aufnahme in das Verzeichnis zugestimmt haben.

Artikel 13

(1) Jeder Vertragsstaat kann für jedes Verzeichnis vier Personen benennen, die nicht seine Staatsangehörigen zu sein brauchen.

(2) Der Vorsitzende kann für jedes Verzeichnis zehn Personen benennen. Die vom Vorsitzenden für ein Verzeichnis benannten Personen müssen alle verschiedener Staatsangehörigkeit sein.

Artikel 14

(1) Die für die Verzeichnisse benannten Personen müssen ein hohes sittliches Ansehen sowie eine anerkannte Befähigung auf den Gebieten des Rechts, des Handels, der Industrie oder des Finanzwesens besitzen und jede Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Amt unabhängig ausüben werden. Bei den für das Schiedsrichterverzeichnis benannten Personen ist die Befähigung auf dem Gebiet des Rechts besonders wichtig.

(2) Der Vorsitzende hat bei seinen Benennungen ferner zu berücksichtigen, daß in diesen Verzeichnissen die hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt und die Hauptformen wirtschaftlicher Betätigung vertreten sein sollen.

Artikel 15

(1) Die Benennungen gelten für sechs Jahre und können erneuert werden.

- (2) Im Falle des Todes oder Rücktrittes einer Person, die in einem der beiden Verzeichnisse geführt ist, kann die Stelle, die sie benannt hat, für die verbleibende Amtszeit einen Nachfolger benennen.
- (3) Die in die Verzeichnisse aufgenommenen Personen werden darin bis zur Benennung ihrer Nachfolger geführt.

Artikel 16

- (1) Eine Person kann in beiden Verzeichnissen geführt werden.
- (2) Wird eine Person von mehreren Vertragsstaaten oder von mindestens einem Vertragsstaat und dem Vorsitzenden für dasselbe Verzeichnis benannt, so gilt sie als von der Stelle benannt, die sie zuerst benannt hat; ist jedoch die Person auch von dem Staat benannt werden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, so gilt sie als von diesem Staat benannt.
- (3) Alle Benennungen werden vom Generalsekretär notifiziert und werden mit Eingang der Notifikation wirksam.

ABSCHNITT 5

Finanzierung des Zentrums

Artikel 17

Können die Ausgaben des Zentrums nicht aus den für die Inanspruchnahme seiner Dienste gezahlten Gebühren oder aus anderen Einkünften bestritten werden, so wird der Fehlbetrag von den Vertragsstaaten, die Mitglieder der Bank sind, im Verhältnis ihrer Zeichnungen auf das Grundkapital der Bank und von den Staaten, die nicht Mitglieder der Bank sind, nach Maßgabe der vom Verwaltungsrat beschlossenen Regelungen gedeckt.

ABSCHNITT 6

Rechtsstellung, Immunitäten und Vorrechte

Artikel 18

Das Zentrum besitzt volle internationale Rechtspersönlichkeit. Es kann unter anderem

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und darüber verfügen,
- c) vor Gericht klagen und verklagt werden.

Artikel 19

Das Zentrum genießt, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates die in diesem Abschnitt vorgesehenen Immunitäten und Vorrechte.

Artikel 20

Das Zentrum, sein Eigentum und seine sonstigen Vermögenswerte genießen Immunität von jedem Gerichtsverfahren, sofern es nicht darauf verzichtet.

Artikel 21

Der Vorsitzende, die Mitglieder des Verwaltungsrats, die als Vermittler, Schiedsrichter oder Mitglieder eines in Artikel 52 Absatz 3 vorgesehenen Ausschusses tätigen Personen sowie die Bediensteten des Sekretariats

- a) sind wegen der von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit vorgenommenen Handlungen von der Gerichtsbarkeit befreit, falls nicht das Zentrum diese Immunität aufhebt.
- b) genießen, falls sie nicht Angehörige des Staates sind, in dem sie ihre amtliche Tätigkeit ausüben, dieselben Befreiungen auf dem Gebiet der Einwanderung, der Ausländermeldepflicht, der Wehrpflicht und der Pflicht zu ähnlichen Leistungen sowie dieselben Erleichterungen im Devisen- und Reiseverkehr, wie sie von den Vertragsstaaten den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern und Bediensteten anderer Vertragsstaaten gewährt werden.

Artikel 22

Artikel 21 findet auf die Personen Anwendung, die als Parteien, Bevollmächtigte, Rechtsbeistände, Anwälte, Zeugen oder Sachverständige an Verfahren nach diesem Übereinkommen beteiligt sind; jedoch findet Buchstabe b nur auf ihre Reisen nach und von dem Ort, an dem das Verfahren stattfindet, und auf ihren Aufenthalt dort Anwendung.

Artikel 23

- (1) Die Archive des Zentrums sind unverletzlich, wo immer sie sich befinden.
- (2) Jeder Vertragsstaat gewährt dem Zentrum für dessen amtliche Mitteilungen eine ebenso günstige Behandlung wie anderen internationalen Organisationen.

Artikel 24

(1) Das Zentrum, sein Eigentum, seine sonstigen Vermögenswerte und seine Einkünfte sowie seine nach diesem Übereinkommen gestatteten Betätigungen sind von allen Steuern und Zöllen befreit. Das Zentrum ist ferner von jeder Haftung für die Einziehung oder Zahlung von Steuern oder Zöllen befreit.

(2) Aufwandsentschädigungen, die das Zentrum dem Vorsitzenden oder den Mitgliedern des Verwaltungsrats zahlt, sowie Bezüge, Aufwandsentschädigungen oder andere Vergütungen, die das Zentrum den Bediensteten des Sekretariats zahlt, sind von jeder Steuer befreit, sofern nicht der Empfänger Angehöriger des Staates ist.

(3) Honorare oder Aufwandsentschädigungen, die Personen für ihre Tätigkeit als

dem er seine amtliche Tätigkeit ausübt. Vermittler oder Schiedsrichter oder Mitglieder eines in Artikel 52 Absatz 3 vorgesehenen Ausschusses in Verfahren nach diesem Übereinkommen erhalten, sind von Steuern befreit, wenn die einzige Rechtsgrundlage für eine solche Steuer der Sitz des Zentrums oder der Ort ist, an dem ein solches Verfahren stattfindet oder an dem solche Honorare oder Aufwandsentschädigungen gezahlt werden.

KAPITEL II

Die Zuständigkeit des Zentrums

Artikel 25

(1) Die Zuständigkeit des Zentrums erstreckt sich auf alle unmittelbar mit einer Investition zusammenhängenden Rechtsstreitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat (oder einer von diesem dem Zentrum benannten Gebietskörperschaft oder staatlichen Stelle) einerseits und einem Angehörigen eines anderen Vertragsstaats andererseits, wenn die Parteien schriftlich eingewilligt haben, die Streitigkeiten dem

Zentrum zu unterbreiten. Haben die Parteien ihre Zustimmung erteilt, so kann keine von ihnen sie einseitig zurücknehmen.

(2) Der Ausdruck „Angehöriger eines anderen Vertragsstaats“ bedeutet:

- a) jede natürliche Person, die im Zeitpunkt, zu dem die Parteien der Unterwerfung der Streitigkeit unter ein Vergleichs- oder Schiedsverfahren zugestimmt haben, sowie im Zeitpunkt, zu dem der Antrag nach Artikel 28 Absatz 3 oder nach Artikel 36 Absatz 3 registriert worden ist, die Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaats besessen hat als des Staates, der Streitpartei ist; ausgenommen sind Personen, die in einem dieser Zeitpunkte auch die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besessen haben, der Streitpartei ist,
 - b) jede juristische Person, die im Zeitpunkt, zu dem die Parteien der Unterwerfung der Streitigkeit unter ein Vergleichs- oder Schiedsverfahren zugestimmt haben, die Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaats besessen hat als des Staates, der Streitpartei ist, sowie jede juristische Person, die im gleichen Zeitpunkt die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaats besessen hat, der Streitpartei ist, wenn die Parteien übereingekommen sind, diese juristische Person wegen ausländischer Kontrolle als Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaats im Sinne dieses Übereinkommens zu betrachten.
- (3) Die Zustimmung einer Gebietskörperschaft oder einer staatlichen Stelle eines Vertragsstaats bedarf der Genehmigung dieses Staates, sofern er nicht dem Zentrum mitteilt, daß die Genehmigung nicht erforderlich ist.
- (4) Jeder Vertragsstaat kann bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung des Übereinkommens oder zu jedem späteren Zeitpunkt dem Zentrum notifizieren, welche Arten von Streitigkeiten er der Zuständigkeit des Zentrums zu unterwerfen beabsichtigt und welche nicht. Der Generalsekretär übermittelt die Notifikation sofort allen Vertragsstaaten. Diese Notifikation stellt nicht die nach Absatz 1 erforderliche Zustimmung dar.

Artikel 26

Die Zustimmung der Parteien zum Schiedsverfahren im Rahmen dieses Übereinkommens gilt, sofern nicht etwas anderes erklärt wird, zugleich als Verzicht auf jeden anderen Rechtsbehelf. Als Bedingung für seine Zustimmung zum Schiedsverfahren nach diesem Übereinkommen kann ein Vertragsstaat die Erschöpfung der innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren verlangen.

Artikel 27

- (1) Kein Vertragsstaat wird hinsichtlich einer Streitigkeit, die einer seiner Angehörigen und ein anderer Vertragsstaat im gegenseitigen Einvernehmen dem Schiedsverfahren nach diesem Übereinkommen unterwerfen wollen oder bereits unterworfen haben, diplomatischen Schutz gewähren oder einen völkerrechtlichen Anspruch geltend machen, es sei denn, daß der andere Vertragsstaat den in der Schiedssache erlassenen Schiedsspruch nicht befolgt.
- (2) Informelle diplomatische Schritte, die lediglich darauf gerichtet sind, die Beilegung der Streitigkeit zu erleichtern, fallen nicht unter den Begriff des diplomatischen Schutzes im Sinne von Absatz 1.

KAPITEL III

DAS VERGLEICHsverFAHREN

ABSCHNITT 1

Antrag auf Einleitung des Vergleichsverfahrens

Artikel 28

(1) Wünscht ein Vertragsstaat oder ein Angehöriger eines Vertragsstaats ein Vergleichsverfahren einzuleiten, so richtet er einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an den Generalsekretär, der ihn der anderen Partei in Abschrift zuleitet.

(2) Der Antrag hat Angaben über den Streitgegenstand, die Identität der Parteien und ihre Zustimmung zum Vergleichsverfahren nach Maßgabe der Verfahrensordnung für die Einleitung von Vergleichs- und von Schiedsverfahren zu enthalten.

(3) Der Generalsekretär registriert den Antrag, sofern er nicht auf Grund der darin enthaltenen Angaben feststellt, daß die Streitigkeit offensichtlich nicht in die Zuständigkeit des Zentrums fällt. Er notifiziert den Parteien unverzüglich die Registrierung oder deren Ablehnung.

ABSCHNITT 2

Bildung der Vergleichskommission

Artikel 29

(1) Die Vergleichskommission (im folgenden als Kommission bezeichnet) wird so bald wie möglich nach der gemäß Artikel 28 erfolgten Registrierung des Antrags gebildet.

(2) a) Die Kommission besteht aus einem Einzelvermittler oder einer ungeraden Anzahl von Vermittlern, die entsprechend der Vereinbarung der Parteien ernannt werden.

b) Können die Parteien sich nicht über die Anzahl der Vermittler und die Art ihrer Ernennung einigen, so besteht die Kommission aus drei Vermittlern, wobei jede Partei einen Vermittler ernennt und der dritte, der den Vorsitz führt, in gegenseitigem Einvernehmen von den Parteien ernannt wird.

Artikel 30

Ist die Kommission nicht binnen 90 Tagen nach der gemäß Artikel 28 Absatz 3 vorgenommenen Absendung der Notifikation der Registrierung des Antrags durch den Generalsekretär oder binnen einer anderen von den Parteien vereinbarten Frist gebildet worden, so ernennt der Vorsitzende auf Antrag einer der Parteien den oder die noch nicht ernannten Vermittler.

Artikel 31

(1) Zu Vermittlern können, außer bei Ernennung durch den Vorsitzenden nach Artikel 30, Personen ernannt werden, die nicht im Vermittlerverzeichnis geführt sind.

(2) Zu Vermittlern ernannte Personen, die nicht im Vermittlerverzeichnis geführt sind, müssen die in Artikel 14 Absatz 1 vorgesehenen Eigenschaften besitzen.

ABSCHNITT 3

Das Verfahren vor der Kommission

Artikel 32

(1) Die Kommission entscheidet über ihre Zuständigkeit.

(2) Jede Einrede, die eine Partei mit der Begründung erhebt, daß die Streitigkeit nicht in die Zuständigkeit des Zentrums oder aus anderem Grund nicht in die Zuständigkeit der Kommission fällt, wird von der Kommission geprüft, die darüber entscheidet, ob diese Einrede als Vorfrage zu behandeln oder mit der Hauptsache zu verbinden ist.

Artikel 33

Jedes Vergleichsverfahren wird gemäß diesem Abschnitt und, sofern die Parteien nicht anderes vereinbaren, gemäß der Vergleichsordnung geführt, die im Zeitpunkt der Zustimmung der Parteien zum Vergleichsverfahren gilt. Ergibt sich eine Verfahrensfrage, die weder in diesem Abschnitt noch in der Vergleichsordnung noch in einer anderen von den Parteien angenommenen Regelung behandelt ist, so wird sie von der Kommission entschieden.

Artikel 34

(1) Die Kommission hat die Aufgabe, die zwischen den Parteien bestehenden Streitfragen zu klären und sich zu bemühen, eine für beide Seiten annehmbare Lösung herbeizuführen. Zu diesem Zweck kann die Kommission in jedem Stadium des Verfahrens und wiederholt Empfehlungen für die Beilegung an die Parteien richten. Die Parteien haben nach Treu und Glauben mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um ihr die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, und haben ihren Empfehlungen größte Beachtung zu schenken.

(2) Gelangen die Parteien zu einer Einigung, so fertigt die Kommission einen Bericht an, in dem die Streitfragen aufgezählt werden und die Einigung zwischen den Parteien festgestellt wird. Kommt die Kommission in irgendeinem Stadium des Verfahrens zu der Auffassung, daß keine Möglichkeit einer Einigung zwischen den Parteien besteht, so schließt sie das Verfahren und fertigt einen Bericht an, in dem festgestellt wird, daß die Streitigkeit Gegenstand eines Vergleichsverfahrens war und die Parteien keine Einigung erzielt haben. Erscheint eine Partei nicht vor der Kommission oder nimmt sie nicht am Verfahren teil, so schließt die Kommission das Verfahren und fertigt einen Bericht an, in dem festgestellt wird, daß die Partei nicht erschienen ist oder nicht an dem Verfahren teilgenommen hat.

Artikel 35

Sofern die Parteien nicht anderes vereinbaren, kann sich keine von ihnen anlässlich eines anderen Verfahrens vor einem Schiedsgericht, einem Gericht oder einer sonstigen Stelle auf die von der anderen Partei während des Vergleichsverfahrens abgegebenen Meinungsäußerungen, Erklärungen, Zugeständnisse oder Beilegungsangebote, auf den Bericht oder die Empfehlungen der Kommission berufen.

KAPITEL IV

Das Schiedsverfahren

ABSCHNITT 1

Antrag auf Einleitung des Schiedsverfahrens

Artikel 36

(1) Wünscht ein Vertragsstaat oder ein Angehöriger eines Vertragsstaats ein Schiedsverfahren einzuleiten, so richtet er einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an den Generalsekretär, der ihn der anderen Partei in Abschrift zuleitet.

(2) Der Antrag hat Angaben über den Streitgegenstand, die Identität der Parteien und ihre Zustimmung zum Schiedsverfahren nach Maßgabe der Verfahrensordnung für die Einleitung von Vergleichs- und von Schiedsverfahren zu enthalten.

(3) Der Generalsekretär registriert den Antrag, sofern er nicht auf Grund der darin enthaltenen Angaben feststellt, daß die Streitigkeit offensichtlich nicht in die Zuständigkeit des Zentrums fällt. Er notifiziert den Parteien unverzüglich die Registrierung oder deren Ablehnung.

ABSCHNITT 2

Bildung des Gerichts

Artikel 37

(1) Das Schiedsgericht (im folgenden als Gericht bezeichnet) wird so bald wie möglich nach der gemäß Artikel 36 erfolgten Registrierung des Antrages gebildet.

(2) a) Das Gericht besteht aus einem Einzelschiedsrichter oder einer ungeraden Anzahl von Schiedsrichtern, die entsprechend der Vereinbarung der Parteien ernannt werden.

b) Können die Parteien sich nicht über die Anzahl der Schiedsrichter und die Art ihrer Ernennung einigen, so besteht das Gericht aus drei Schiedsrichtern, wobei jede Partei einen Schiedsrichter ernennt und der dritte, der den Vorsitz im Gericht führt, im gegenseitigen Einvernehmen von den Parteien ernannt wird.

Artikel 38

Ist das Gericht nicht binnen 90 Tagen nach der gemäß Artikel 36 Absatz 3 vorgenommenen Absendung der Notifikation der Registrierung des Antrags durch den Generalsekretär oder binnen einer anderen von den Parteien vereinbarten Frist gebildet worden, so ernennt der Vorsitzende auf Antrag einer der Parteien und, soweit möglich, nach Konsultierung beider Parteien den oder die noch nicht ernannten Schiedsrichter. Die vom Vorsitzenden nach diesem Artikel ernannten Schiedsrichter dürfen weder dem Vertragsstaat, der Streitpartei ist, angehören noch demjenigen, dessen Angehöriger Streitpartei ist.

Artikel 39

Die Mehrheit der Schiedsrichter muß anderen Staaten als demjenigen, der Streitpartei ist, und als demjenigen, dessen Angehöriger Streitpartei ist, angehören; diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn die Parteien im gegenseitigen Einvernehmen den Einzelschiedsrichter oder alle Mitglieder des Gerichts ernennen.

Artikel 40

(1) Zu Schiedsrichtern können, außer bei Ernennung durch den Vorsitzenden nach Artikel 38, Personen ernannt werden, die nicht im Schiedsrichterverzeichnis geführt sind.

(2) Zu Schiedsrichtern ernannte Personen, die nicht im Schiedsrichterverzeichnis geführt sind, müssen die in Artikel 14 Absatz 1 vorgesehenen Eigenschaften besitzen.

ABSCHNITT 3

Befugnisse und Aufgaben des Gerichts

Artikel 41

(1) Das Gericht entscheidet selbst über seine Zuständigkeit.

(2) Jede Einrede, die eine Partei mit der Begründung erhebt, daß die Streitigkeit nicht in die Zuständigkeit des Zentrums oder aus anderem Grund nicht in die Zuständigkeit des Gerichts fällt, wird vom Gericht geprüft, das darüber entscheidet, ob diese Einrede als Vorfrage zu behandeln oder mit der Hauptsache zu verbinden ist.

Artikel 42

(1) Das Gericht entscheidet die Streitigkeit gemäß den von den Parteien vereinbarten Rechtsvorschriften. Liegt eine solche Vereinbarung nicht vor, so wendet das Gericht das Recht des Vertragsstaats, der Streitpartei ist, — einschließlich seines internationalen Privatrechts — sowie die einschlägigen Regeln des Völkerrechts an.

(2) Das Gericht kann eine Entscheidung nicht mit der Begründung ablehnen, daß das Recht zu dem streitigen Punkt schweigt oder unklar ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 lassen die Befugnis des Gerichts unberührt, bei Einwilligung der Parteien ex aequo et bono zu entscheiden.

Artikel 43

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, kann das Gericht, wenn es dies für nötig hält, jederzeit während des Verfahrens

- a) die Parteien auffordern, alle Urkunden oder sonstigen Beweismittel vorzulegen,
- b) sich an Ort und Stelle begeben und dort alle Untersuchungen vornehmen, die es für erforderlich erachtet.

Artikel 44

Jedes Schiedsverfahren wird gemäß diesem Abschnitt und, sofern die Parteien nicht anderes vereinbaren, gemäß der Schiedsordnung geführt, die im Zeitpunkt der Zustimmung der Parteien zum Schiedsverfahren gilt. Ergibt sich eine Verfahrensfrage, die weder in diesem Abschnitt noch in der Schiedsordnung noch in einer anderen von den Parteien angenommenen Regelung behandelt ist, so wird sie vom Gericht entschieden.

Artikel 45

(1) Erscheint eine Partei nicht vor dem Gericht oder vertritt sie ihre Sache nicht, so bedeutet das nicht, daß sie dem Vorbringen der anderen Parteien zustimmt.

(2) Wenn eine Partei in irgendeinem Stadium des Verfahrens nicht vor dem Gericht erscheint oder ihre Sache nicht vertritt, kann die andere Partei das Gericht

ersuchen, die ihm vorgelegten Fragen zu behandeln und einen Schiedsspruch zu erlassen. Das Gericht benachrichtigt die säumige Partei von dem Ersuchen und hat ihr, bevor es seinen Spruch erläßt, eine Frist zu gewähren, sofern es nicht überzeugt ist, daß diese Partei nicht die Absicht hat, vor dem Gericht zu erscheinen oder ihre Sache zu vertreten.

Artikel 46

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, entscheidet das Gericht auf Antrag einer Partei über alle unmittelbar mit dem Streitgegenstand zusammenhängenden Zwischenanträge, Zusatzanträge oder Anträge nach Art der Widerklage, wenn sich die Zustimmung der Parteien auf diese Anträge erstreckt und sie außerdem in die Zuständigkeit des Zentrums fallen.

Artikel 47

Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, kann das Gericht, wenn die Umstände dies nach seiner Ansicht erfordern, vorläufige Maßnahmen zur Sicherung der Rechte beider Parteien empfehlen.

ABSCHNITT 4

Der Schiedsspruch

Artikel 48

- (1) Das Gericht entscheidet alle Fragen mit Stimmenmehrheit aller seiner Mitglieder.
- (2) Der Schiedsspruch ist schriftlich zu erlassen und von den Mitgliedern des Gerichts zu unterzeichnen, die für ihn gestimmt haben.
- (3) Der Schiedsspruch hat alle dem Gericht vorgelegten Fragen zu behandeln und ist zu begründen.
- (4) Jedes Mitglied des Gerichts kann dem Schiedsspruch seine — der Auffassung der Mehrheit zustimmende oder davon abweichende — eigene Meinung oder nur die Feststellung seiner abweichenden Meinung beifügen.
- (5) Das Zentrum veröffentlicht den Schiedsspruch nur mit Zustimmung der Parteien.

Artikel 49

- (1) Der Generalsekretär übermittelt den Parteien unverzüglich beglaubigte Abschriften des Schiedsspruchs. Der Schiedsspruch gilt als an dem Tag der Absendung dieser Abschriften erlassen.
- (2) Auf einen binnen 45 Tagen nach Erlass des Schiedsspruchs einzureichenden Antrag einer Partei kann das Gericht nach Benachrichtigung der anderen Partei über jede Frage entscheiden, die es in dem Schiedsspruch zu behandeln unterlassen hat, und jeden in dem Schiedsspruch enthaltenen Schreib-, Rechen- oder ähnlichen Fehler berichtigen. Seine Entscheidung ist Bestandteil des Schiedsspruchs und wird den Parteien in derselben Form wie der Schiedsspruch bekanntgegeben. Die in Artikel 51 Absatz 2 und Artikel 52 Absatz 2 vorgesehenen Fristen beginnen mit dem Tag des Erlasses der Entscheidung zu laufen.

ABSCHNITT 5

Auslegung des Schiedsspruchs, Wiederaufnahmeverfahren und Aufhebung des Schiedsspruchs

Artikel 50

(1) Entstehen Streitigkeiten zwischen den Parteien über Sinn oder Tragweite des Schiedsspruchs, so kann jede Partei einen schriftlichen Antrag auf Auslegung des Schiedsspruchs an den Generalsekretär richten.

(2) Der Antrag ist nach Möglichkeit dem Gericht vorzulegen, das den Schiedsspruch erlassen hat. Ist dies nicht möglich, so wird ein neues Gericht nach Abschnitt 2 dieses Kapitels gebildet. Das Gericht kann beschließen, die Vollstreckung des Schiedsspruchs bis zur Entscheidung über den Auslegungsantrag auszusetzen, wenn dies die Umstände nach seiner Auffassung erfordern.

Artikel 51

(1) Wird einer Partei eine Tatsache bekannt, die geeignet ist, den Schiedsspruch entscheidend zu beeinflussen, so kann sie beim Generalsekretär schriftlich ein Wiederaufnahmeverfahren beantragen, sofern die Tatsache dem Gericht und der antragsstellenden Partei vor Erlass des Schiedsspruchs unbekannt war und die Unkenntnis der antragstellenden Partei nicht auf Fahrlässigkeit beruhte.

(2) Der Antrag ist binnen 90 Tagen nach Bekanntwerden einer solchen Tatsache in jedem Fall binnen drei Jahren nach Erlass des Schiedsspruchs zu stellen.

(3) Der Antrag ist nach Möglichkeit dem Gericht vorzulegen, das den Schiedsspruch erlassen hat. Ist dies nicht möglich, so wird ein neues Gericht nach Abschnitt 2 dieses Kapitels gebildet.

(4) Das Gericht kann beschließen, die Vollstreckung des Schiedsspruchs bis zur Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag auszusetzen, wenn dies die Umstände nach seiner Auffassung erfordern. Ersucht die antragstellende Partei um einen Aufschub der Vollstreckung des Schiedsspruchs, so wird die Vollstreckung vorläufig ausgesetzt, bis das Gericht über dieses Ersuchen entschieden hat.

Artikel 52

(1) Jede Partei kann beim Generalsekretär schriftlich die Aufhebung eines Schiedsspruchs aus einem oder mehreren der folgenden Gründe beantragen:

- a) nicht ordnungsgemäße Bildung des Gerichts,
- b) offensichtliche Überschreitung der Befugnisse des Gerichts,
- c) Bestechung eines Mitglieds des Gerichts,
- d) schwerwiegende Abweichung von einer grundlegenden Verfahrensvorschrift,
- e) Fehlen der Begründung des Schiedsspruchs.

(2) Der Antrag ist binnen 120 Tagen nach Erlass des Schiedsspruchs zu stellen, sofern nicht die Aufhebung wegen Bestechung verlangt wird; in diesem Fall ist der Antrag binnen 120 Tagen nach Entdecken der Bestechung, jedenfalls aber binnen drei Jahren nach Erlass des Schiedsspruchs zu stellen.

(3) Nach Eingang des Antrags ernennt der Vorsitzende unverzüglich aus dem Kreis der im Schiedsrichterverzeichnis geführten Personen einen aus drei Mitgliedern bestehenden Ad-hoc-Ausschuß. Die Mitglieder dieses Ausschusses dürfen weder Mitglied des Gerichts gewesen sein, das den Schiedsspruch erlassen hat, noch die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen wie ein Mitglied des Gerichts, noch die Staatsangehörigkeit des Staates, der Streitpartei ist, oder des Staates, dessen Angehöriger Streitpartei ist, besitzen, noch von einem dieser Staaten für das Schieds-

richterverzeichnis benannt worden sein noch das Amt eines Vermittlers in der gleichen Sache ausgeübt haben. Der Ausschuß ist befugt, den Schiedsspruch aus einem der in Absatz 1 aufgeführten Gründe ganz oder teilweise aufzuheben.

(4) Die Artikel 41 bis 45, 48, 49, 53 und 54 sowie die Kapitel VI und VII sind auf das Verfahren vor dem Ausschuß sinngemäß anzuwenden.

(5) Der Ausschuß kann beschließen, die Vollstreckung des Schiedsspruchs bis zur Entscheidung über den Aufhebungsantrag auszusetzen, wenn dies die Umstände nach seiner Auffassung erfordern. Ersucht die antragstellende Partei um einen Aufschub der Vollstreckung des Schiedsspruchs, so wird die Vollstreckung vorläufig ausgesetzt, bis der Ausschuß über dieses Ersuchen entschieden hat.

(6) Wird der Schiedsspruch aufgehoben, so ist die Streitigkeit auf Antrag einer der Parteien einem neuen nach Abschnitt 2 dieses Kapitels gebildeten Gericht zu unterbreiten.

ABSCHNITT 6

Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruchs

Artikel 53

(1) Der Schiedsspruch ist für die Partei bindend und unterliegt keiner Berufung und auch keinen anderen Rechtsmitteln als denen, die in diesem Übereinkommen vorgesehen sind. Jede Partei hat den Schiedsspruch genau zu befolgen, soweit nicht die Vollstreckung auf Grund dieses Übereinkommens ausgesetzt ist.

(2) Im Sinne dieses Abschnitts umfaßt der Ausdruck „Schiedsspruch“ jede Entscheidung über die Auslegung, die Wiederaufnahme oder die Aufhebung nach den Artikeln 50, 51 oder 52.

Artikel 54

(1) Jeder Vertragsstaat erkennt jeden im Rahmen dieses Übereinkommens erlassenen Schiedsspruch als bindend an und sorgt für die Vollstreckung der darin auferlegten finanziellen Verpflichtungen in seinem Hoheitsgebiet, als handle es sich um ein endgültiges Urteil eines seiner innerstaatlichen Gerichte. Ein Vertragsstaat mit bundesstaatlicher Verfassung kann für die Vollstreckung des Schiedsspruchs durch seine Bundesgerichte sorgen und bestimmen, daß diese einen derartigen Schiedsspruch als rechtskräftiges Urteil der Gerichte eines Gliedstaats behandeln.

(2) Eine Partei, die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruchs im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats begehrt, hat dem zuständigen innerstaatlichen Gericht oder einer anderen von diesem Staat dafür bestimmten amtlichen Stelle eine vom Generalsekretär beglaubigte Abschrift des Schiedsspruchs vorzulegen. Jeder Vertragsstaat teilt dem Generalsekretär mit, welches Gericht zuständig oder welche amtliche Stelle bestimmt ist, und unterrichtet ihn über etwaige Änderungen.

(3) Auf die Vollstreckung des Schiedsspruchs sind die Rechtsvorschriften für die Vollstreckung von Urteilen anzuwenden, die in dem Staat gelten, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung begehrt wird.

Artikel 55

Artikel 54 darf nicht so ausgelegt werden, als schaffe er eine Ausnahme von dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht über die Immunität dieses Staates oder eines fremden Staates von der Vollstreckung.

KAPITEL V

Ersetzung und Ablehnung von Vermittlern und Schiedsrichtern

Artikel 56

(1) Ist eine Kommission oder ein Gericht gebildet und hat das Verfahren begonnen, so kann die Zusammensetzung nicht mehr geändert werden. Jedoch werden die durch Tod eingetretene Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes oder Rücktritt eines Vermittlers oder Schiedsrichters freigewordenen Stellen nach Kapitel III Abschnitt 2 oder Kapitel IV Abschnitt 2 besetzt.

(2) Jedes Mitglied einer Kommission oder eines Gerichts übt dieses Amt weiterhin aus, auch wenn sein Name nicht mehr in dem Verzeichnis steht.

(3) Tritt ein von einer Partei ernannter Vermittler oder Schiedsrichter ohne Zustimmung der Kommission, der er angehört, oder des Gerichts, dem er angehört, zurück, so besetzt der Vorsitzende die freie Stelle, indem er eine Person aus dem entsprechenden Verzeichnis auswählt.

Artikel 57

Eine Partei kann der Kommission oder dem Gericht gegenüber ein Mitglied mit der Begründung ablehnen, daß dieses offensichtlich nicht die in Artikel 14 Absatz 2 geforderten Eigenschaften besitzt. Eine Partei in einem Schiedsverfahren kann ferner einen Schiedsrichter mit der Begründung ablehnen, daß dieser die in Kapitel IV Abschnitt 2 festgesetzten Bedingungen für die Ernennung zum Schiedsrichter nicht erfüllt hat.

Artikel 58

Die Entscheidung über einen Antrag auf Ablehnung eines Vermittlers oder Schiedsrichters wird von den übrigen Mitgliedern der Kommission oder des Gerichts getroffen. Bei Stimmgleichheit oder bei einem Antrag auf Ablehnung eines Einzelvermittlers oder -schiedsrichters oder einer Mehrheit der Kommission oder des Gerichts wird die Entscheidung vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats getroffen. Wird der Antrag als begründet anerkannt, so wird der betreffende Vermittler oder Schiedsrichter nach Kapitel III Abschnitt 2 oder Kapitel IV Abschnitt 2 ersetzt.

KAPITEL VI

Kosten des Verfahrens

Artikel 59

Die von den Parteien für die Inanspruchnahme der Einrichtungen des Zentrums zu entrichtenden Gebühren werden vom Generalsekretär nach den vom Verwaltungsrat angenommenen Regelungen festgesetzt.

Artikel 60

(1) Die Kommissionen und Gerichte setzen innerhalb der vom Verwaltungsrat gesetzten Grenzen und nach Konsultierung des Generalsekretärs die Honorare und die zu erstattenden Kosten ihrer Mitglieder fest.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können die Parteien im Einvernehmen mit der Kommission oder dem Gericht die Honorare und die zu erstattenden Kosten der Mitglieder im voraus festsetzen.

Artikel 61

(1) Im Vergleichsverfahren werden die Honorare und die zu erstattenden Kosten der Kommissionsmitglieder sowie die Gebühren für die Inanspruchnahme der Einrichtungen des Zentrums zu gleichen Teilen von den Parteien getragen. Jede Partei trägt alle anderen Kosten, die ihr im Zusammenhang mit dem Verfahren entstehen.

(2) Im Schiedsverfahren setzt das Gericht, soweit die Parteien nichts anderes vereinbaren, die ihnen im Zusammenhang mit dem Verfahren entstandenen Kosten fest und entscheidet über die Aufteilung und die Art der Zahlung dieser Kosten, der Honorare und Kosten der Gerichtsmitglieder sowie der Gebühren für die Inanspruchnahme der Einrichtungen des Zentrums. Diese Entscheidung ist Bestandteil des Schiedsspruchs.

KAPITEL VII

Ort des Verfahrens

Artikel 62

Die Vergleichs- und Schiedsverfahren finden vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen am Sitz des Zentrums statt.

Artikel 63

Wenn die Parteien dies beschließen, können Vergleichs- und Schiedsverfahren stattfinden:

- a) am Sitz des Ständigen Schiedshofes oder einer anderen geeigneten öffentlichen oder privaten Institution, mit der das Zentrum entsprechende Abmachungen getroffen hat,
- b) an jedem anderen von der Kommission oder dem Gericht nach Konsultierung des Generalsekretärs gebilligten Ort.

KAPITEL VIII

Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten

Artikel 64

Jede zwischen Vertragsstaaten entstehende Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht auf gutlichem Wege beigelegt wird, ist auf Antrag einer Streitpartei dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, sofern sich die beteiligten Staaten nicht auf eine andere Art der Beilegung einigen.

KAPITEL IX

Änderungen

Artikel 65

Jeder Vertragsstaat kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Ein Änderungsvorschlag ist dem Generalsekretär spätestens 90 Tage vor der Tagung

des Verwaltungsrats, auf welcher der Vorschlag geprüft werden soll, mitzuteilen, und ist von ihm unverzüglich allen Mitgliedern des Verwaltungsrats zu übermitteln.

Artikel 66

(1) Wenn der Verwaltungsrat dies mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder beschließt, wird der Änderungsvorschlag zum Zwecke der Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung allen Vertragsstaaten zugeleitet. Jede Änderung tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Verwahrstelle dieses Übereinkommens an die Vertragsstaaten die schriftliche Mitteilung abgesandt hat, daß alle Vertragsstaaten die Änderung ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben.

(2) Eine Änderung berührt nicht die auf diesem Übereinkommen beruhenden Rechte und Pflichten eines Vertragsstaats, einer Gebietskörperschaft, einer Stelle oder eines Angehörigen dieses Staates, die sich aus einer vor Inkrafttreten der Änderung erteilten Zustimmung zur Zuständigkeit des Zentrums ergeben.

KAPITEL X

Schlußbestimmungen

Artikel 67

Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedsstaaten der Bank zur Unterzeichnung auf. Es liegt ferner für jeden anderen Staat zur Unterzeichnung auf, der Vertragspartei der Satzung des Internationalen Gerichtshofs ist und den der Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder zur Unterzeichnung des Übereinkommens eingeladen hat.

Artikel 68

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung der Unterzeichnerstaaten im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren.

(2) Dieses Übereinkommen tritt 30 Tage nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft. Für jeden Staat, der seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde später hinterlegt, tritt es 30 Tage nach dieser Hinterlegung in Kraft.

Artikel 69

Jeder Vertragsstaat trifft alle gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, die erforderlich sind, um diesem Übereinkommen in seinem Hoheitsgebiet Wirksamkeit zu verleihen.

Artikel 70

Dieses Übereinkommen findet auf alle Hoheitsrechte Anwendung, die ein Vertragsstaat völkerrechtlich vertritt, mit Ausnahme derjenigen, die der betreffende Staat bei der Ratifikation, der Annahme oder Genehmigung oder später durch eine an die Verwahrstelle dieses Übereinkommens gerichtete Notifikation ausnimmt.

Artikel 71

Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an dessen Verwahrstelle gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang dieser Notifikation wirksam.

Artikel 72

Eine Notifikation eines Vertragsstaats nach den Artikeln 70 und 71 berührt nicht die auf diesem Übereinkommen beruhenden Rechte und Pflichten des betreffenden Staates, einer Gebietskörperschaft, einer staatlichen Stelle oder eines Angehörigen dieses Staates, die sich aus einer vor Eingang dieser Notifikation bei der Verwahrstelle erteilten Zustimmung zur Zuständigkeit des Zentrum ergeben.

Artikel 73

Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden zu diesem Übereinkommen und allen etwaigen Änderungen werden bei der Bank hinterlegt, die als Verwahrstelle dieses Übereinkommens handelt. Die Verwahrstelle übermittelt den Mitgliedstaaten der Bank und allen anderen zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.

Artikel 74

Die Verwahrstelle läßt dieses Übereinkommen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und nach den Regelungen, die auf Grund dieser Bestimmung von der Generalversammlung angenommen worden sind, beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

Artikel 75

Die Verwahrstelle notifiziert allen Unterzeichnerstaaten

- a) die Unterzeichnung nach Artikel 67,
- b) die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden nach Artikel 73,
- c) den Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 68,
- d) die Ausnahmen von der räumlichen Anwendung nach Artikel 70,
- e) den Tag des Inkrafttretens jeder Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 66,
- f) die Kündigungen nach Artikel 71.

Geschehen zu Washington in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hinterlegt bleibt, welche durch ihre nachstehende Unterschrift angezeigt hat, daß sie die ihr in diesem Übereinkommen zugewiesenen Aufgaben annimmt.

Für die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

George D. Woods
Präsident

A. Broches
Generalberater

18. März 1965

B. Schiedsordnung

Auf der ersten Jahresversammlung des Verwaltungsrates des Zentrums in Rio de Janeiro wurden am 25. September 1967 die (endgültigen) Verwaltungs-, Finanz- und Verfahrensordnungen im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. a—c angenommen¹. Die seit 2. Februar 1967² wirksamen (vorläufigen) Vorschriften traten mit 1. Januar 1968 außer Kraft, doch finden weiterhin, wie oben erwähnt³, auf solche Unterwerfungsvereinbarungen Anwendung, die vor diesem Zeitpunkt eingegangen wurden und somit auch auf jene, die unter C) der Dokumentation dargelegt sind. Im folgenden ist die Schiedsordnung⁴ wiedergegeben, wobei die Zahl in Klammern jene Bestimmung der Konvention bezeichnet, deren nähere Durchführung oder Klarstellung die betreffende Vorschrift der Schiedsordnung ist.

RULES OF PROCEDURE FOR ARBITRATION PROCEEDINGS (ARBITRATION RULES)

CHAPTER I ESTABLISHMENT OF THE TRIBUNAL

Rule 1

General Obligations

- (1) Upon notification of the registration of the request for arbitration, the parties shall, with all possible dispatch, proceed to constitute a Tribunal, with due regard to Section 2 of Chapter IV of the Convention. [37 (1)]
- (2) Unless such information is provided in the request, the parties shall communicate to the Secretary-General as soon as possible any provisions agreed by them regarding the number of arbitrators and the method of their appointment. [37 (2)]
- (3) Except if each member of the Tribunal is appointed by agreement of the parties, nationals of the State party to the dispute or of the State whose national is a party to the dispute may be appointed by a party only if appointment by the other party to the dispute of the same number of arbitrators of either of these nationalities would not result in a majority of arbitrators of these nationalities. [39]
- (4) No person who had previously acted as a conciliator or arbitrator in any proceeding for the settlement of the dispute may be appointed as a member of the Tribunal. [52 (3)]

Rule 2

Method of Constituting the Tribunal in the Absence of Previous Agreement

- (1) If the parties, at the time of the registration of the request for arbitration, have not agreed upon the number of arbitrators and the method of their appointment, they shall, unless they agree otherwise, follow the following procedure:
 - (a) the requesting party shall, within 10 days after the registration of the request, propose to the other party the appointment of a sole arbitrator or of a specified uneven number of arbitrators and specify the method proposed for their appointment;
 - (b) within 20 days after receipt of the proposal made by the requesting party, the other party shall:
 - (i) accept such proposals; or
 - (ii) make other proposals regarding the number of arbitrators and the method of their appointment;
 - (c) within 20 days after receipt of the reply containing any such other proposals, the requesting party shall notify the other party whether it accepts or rejects such proposals.
- (2) The communications provided for in paragraph (1) shall be made or promptly confirmed in writing and shall either be transmitted through the Secretary-General or directly between the parties with a copy to the Secretary-General. The parties shall promptly notify the Secretary-General of the contents of any agreement reached.
- (3) At any time 60 days after the registration of the request, if no agreement on another procedure is reached, either party may inform the Secretary-General that it chooses the formula provided for in Article 37 (2) (b) of the Convention. The Secretary-General shall thereupon promptly inform the other party that the Tribunal is to be constituted in accordance with that Article. [37 (2) (b)]

Rule 3

Appointment of Arbitrators to Tribunal Constituted in Accordance with Convention Article 37 (2) (b)

- (1) If the Tribunal is to be constituted in accordance with Article 37 (2) (b) of the Convention:
 - (a) the party taking action under Rule 2 (3) or otherwise the requesting party shall, in a communication to the other party:
 - (i) name two persons, identifying one of them, who shall not have the same nationality as nor be a national of either party, as the arbitrator appointed by it, and the other as the arbitrator proposed to be the President of the Tribunal; and
 - (ii) invite the other party to concur in the appointment of the arbitrator proposed to be the President of the Tribunal and to appoint another arbitrator;
 - (b) promptly upon receipt of this communication the other party shall, in its reply: [37 (2) (b)]; [39]; [40]
 - (i) name a person as the arbitrator appointed by it, who shall not have the same nationality as nor be a national of either party; and
 - (ii) concur in the appointment of the arbitrator proposed to be the President of the Tribunal or name another person as the arbitrator proposed to be President;
 - (c) promptly upon receipt of the reply containing such a proposal, the initiating party shall notify the other party whether it concurs in the appointment of the arbitrator proposed by that party to be the President of the Tribunal.
- (2) The communications provided for in this Rule shall be made or promptly confirmed in writing and shall either be transmitted through the Secretary-General or directly between the parties with a copy to the Secretary-General.

Rule 4

Appointment of Arbitrators by the Chairman of the Administrative Council

- (1) If the Tribunal shall not have been constituted within 90 days after notice of the registration of the request for arbitration has been dispatched by the Secretary-General, or such other period as the parties may agree, either party may, through the Secretary-General, address a request in writing to the Chairman of the Administrative Council to appoint the arbitrator or arbitrators not yet appointed and, unless the President of the Tribunal shall already have been designated or is to be designated later, to designate an arbitrator to

1 ICSID/4, S. 3.

2 ICSID, Annual Report 1966/67. Dazu oben S. 289.

3 S. 289.

4 Die Schiedsordnung umgrenzt jenen zeitlichen Verfahrensbereich, der mit der Notifikation der Registrierung des Antrages seinen Anfang nimmt und mit der Erlassung des Schiedspruches endet. Die Schiedsordnung wurde mit Zustimmung des Zentrums dem Dokument ICSID/4, S. 75—120 und S. 130—134, unter Weglassung des Kommentars entnommen.

be the President of the Tribunal. The Secretary-General shall forthwith send a copy of that request to the other party. [38]

(2) The Chairman shall comply—with due regard to Articles 38 and 40 (1) of the Convention—with that request within 30 days after its receipt, or such longer period as the parties may agree. Before he proceeds to make appointments or a designation, he shall consult both parties as far as possible. [38; 40 (1)]

(3) The Secretary-General shall promptly notify the parties of any appointment or designation made by the Chairman.

Rule 5

Acceptance of Appointments

(1) The party or parties concerned shall notify the Secretary-General of the appointment of each arbitrator and indicate the method of his appointment.

(2) As soon as the Secretary-General has been informed by a party or the Chairman of the Administrative Council of the appointment of an arbitrator, he shall seek an acceptance from the appointee.

(3) If an arbitrator fails to accept his appointment within 15 days, the Secretary-General shall promptly notify the parties, and if appropriate the Chairman, and invite them to proceed to the appointment of another arbitrator in accordance with the method followed for the previous appointment. [60 (2)]

Rule 6

Constitution of the Tribunal

(1) The Tribunal shall be deemed to be constituted and the proceeding to have begun on the date the Secretary-General notifies the parties that all the arbitrators have accepted their appointment. [56 (1)]

(2) Before or at the first session of the Tribunal, each arbitrator shall sign a declaration in the following form:

“To the best of my knowledge there is no reason why I should not serve on the Arbitral Tribunal constituted by the International Centre for Settlement of Investment Disputes with respect to a dispute between . . . and

“I shall keep confidential all information coming to my knowledge as a result of my participation in this proceeding, as well as the contents of any award made by the Tribunal.

“I shall judge fairly as between the parties, according to the applicable law, and shall not accept any instruction or compensation with regard to the proceeding from any source except as provided in the Convention on the Settlement of Investment Disputes and in the Regulation and Rules made pursuant thereto”

[14 (1)]; [48 (5)]; [57]; [60]

Any arbitrator failing to sign such a declaration by the end of the first session of the Tribunal shall be deemed to have resigned.

Rule 7

Replacement of Arbitrators

At any time before the Tribunal is constituted, each party may replace any arbitrator appointed by it and the parties may by common consent agree to replace any arbitrator. The procedure of such replacement shall be in accordance with Rules 1, 5 and 6. [56 (1)]

Rule 8

Incapacity or Resignation of Arbitrators

(1) An arbitrator who becomes incapacitated shall, as soon as possible, notify thereof the other members of the Tribunal and the Secretary-General. [56 (1)]

(2) An arbitrator may resign by submitting his resignation to the other members of the Tribunal and the Secretary-General. If the arbitrator was appointed by one of the parties, the Tribunal shall promptly consider the reasons for his resignation and decide whether it consents thereto. The Tribunal shall promptly notify the Secretary-General of its decision. [56 (1), (3)]

Rule 9

Disqualification of Arbitrators

(1) A party proposing the disqualification of an arbitrator pursuant to Article 57 of the Convention shall promptly, and in any event before the proceeding is declared close, file its proposal with the Secretary-General, stating its reasons therefor. [14 (1); [38]; [39]; [40]; [57]

(2) The Secretary-General shall forthwith:

(a) transmit the proposal to the members of the Tribunal and, if it relates to a sole arbitrator or to a majority of the members of the Tribunal, to the Chairman of the Administrative Council; and

(b) notify the other party of the proposal.

(3) The arbitrator to whom the proposal relates may, without delay, furnish explanations to the Tribunal or the Chairman, as the case may be. [58]

(4) Unless the proposal relates to a majority of the members of the Tribunal, the other members shall promptly consider and vote on the proposal in the absence of the arbitrator concerned. If those members are equally divided, they shall, through the Secretary-General, promptly notify the Chairman of the proposal, of any explanation furnished by the arbitrator concerned and of their failure to reach a decision. [58]

(5) Whenever the Chairman has to decide on a proposal to disqualify an arbitrator, he shall take that decision within 30 days after he has received the proposal.

(6) The proceeding shall be suspended until a decision has been taken on the proposal.

Rule 10

Procedure during a Vacancy on the Tribunal

(1) The Secretary-General shall forthwith notify the parties and, if necessary, the Chairman of the Administrative Council of the disqualification, death, incapacity or resignation of an arbitrator and of the consent, if any, of the Tribunal to a resignation.

(2) Upon the notification by the Secretary-General of a vacancy on the Tribunal, the proceeding shall be or remain suspended until the vacancy has been filled.

Rule 11

Filling Vacancies on the Tribunal

(1) Except as provided in paragraph (2), a vacancy resulting from the disqualification, death, incapacity or resignation of an arbitrator shall be promptly filled by the same method by which his appointment had been made. [56 (1)]; [58]

(2) In addition to filling vacancies relating to arbitrators appointed by him, the Chairman of the Administrative Council shall appoint a person from the Panel of Arbitrators:

(a) to fill a vacancy caused by the resignation, without the consent of the Tribunal, of an arbitrator appointed by a party; or [56 (3)]

(b) at the request of either party, to fill any other vacancy, if no new appointment is made and accepted within 30 days of the notification of the vacancy by the Secretary-General. [38]

(3) The President of the Tribunal shall fix the date and hour of its sittings.

mutandis, 6 (2). [38-40]

Rule 12

Resumption of Proceeding after Filling a Vacancy

As soon as a vacancy on the Tribunal has been filled, the proceeding shall continue from the point it had reached at the time the vacancy occurred. The newly appointed arbitrator may, however, require that the oral procedure be recommenced, if this had already been started.

**CHAPTER II
WORKING OF THE TRIBUNAL**

Rule 13

Sessions of the Tribunal

(1) The Tribunal shall meet for its first session within 60 days after its constitution or such other period as the parties may agree. The dates of that session shall be fixed by the President of the Tribunal after consultation with its members and the Secretary-General, and with the parties as far as possible. If, upon its constitution, the Tribunal has no President, such dates shall be fixed by the Secretary-General after consultation with the members of the Tribunal, and with the parties as far as possible.

(2) Subsequent sessions shall be convened by the President within time limits determined by the Tribunal. The dates of such sessions shall be fixed by the President of the Tribunal after consultation with its members and the Secretary-General, and with the parties as far as possible.

(3) The Tribunal shall meet at the seat of the Centre or at such other place as may have been agreed by the parties in accordance with Article 63 of the Convention. If the parties agree that the proceeding shall be held at a place other than the Centre or an institution with which the Centre has made the necessary arrangements, they shall consult with the Secretary-General and request the approval of the Tribunal. Failing such approval, the Tribunal shall meet at the seat of the Centre. [62]; [63]

(4) The Secretary-General shall notify the members of the Tribunal and the parties of the dates and place of the sessions of the Tribunal in good time.

Rule 14

Sittings of the Tribunal

(1) The President of the Tribunal shall conduct its hearings and preside at its deliberations.

(2) Except as the parties otherwise agree, the presence of a majority of the members of the Tribunal shall be required at its sittings. [48 (1)]

(3) The President of the Tribunal shall fix the date and hour of its sittings.

Rule 15

Deliberations of the Tribunal

(1) The deliberations of the Tribunal shall take place in private and remain secret. [48 (5)]

(2) Only members of the Tribunal shall take part in its deliberations. No other person shall be admitted unless the Tribunal decides otherwise.

Rule 16

Decisions of the Tribunal

(1) Decisions of the Tribunal shall be taken by a majority of the votes of all its members. Abstention shall count as a negative vote. [48 (1)]

(2) Except as otherwise provided by these Rules or decided by the Tribunal, it may take any decision by correspondence among its members, provided that all of them are consulted. Decisions so taken shall be certified by the President of the Tribunal.

Rule 17

Incapacity of the President

If at any time the President of the Tribunal should be unable to act, his functions shall be performed by one of the other members of the Tribunal, acting in the order in which the Secretary-General had received the notice of their acceptance of their appointment to the Tribunal.

Rule 18

Representation of the Parties

(1) Each party may be represented or assisted by agents, counsel or advocates whose names and authority shall be notified by that party to the Secretary-General, who shall promptly inform the Tribunal and the other party. [22]

(2) For the purposes of these Rules, the expression "party" includes, where the context so admits, an agent, counsel or advocate authorized to represent that party.

**CHAPTER III
GENERAL PROCEDURAL PROVISIONS**

Rule 19

Procedural Orders

The Tribunal shall make the orders required for the conduct of the proceeding. [44]

Rule 20

Preliminary Procedural Consultation

(1) As early as possible after the constitution of a Tribunal, its President shall endeavor to ascertain the views of the parties regarding questions of procedure. For this purpose he may request the parties to meet him. He shall, in particular, seek their views on the following matters:

- (a) the number of members of the Tribunal required to constitute a quorum at its sittings;
- (b) the language or languages to be used in the proceeding;
- (c) the number and sequence of the pleadings and the time limits within which they are to be filed;
- (d) the number of copies desired by each party of instruments filed by the other;
- (e) dispensing with the written or the oral procedure; and
- (f) the manner in which the cost of the proceedings is to be apportioned.

(2) In the conduct of the proceedings the Tribunal shall apply any agreement between the parties on procedural matters, except as otherwise provided in the Convention or the Administrative and Financial Regulations. [44]

Rule 21

Procedural Languages

(1) The parties may agree on the use of one or two languages to be used in the proceedings, provided that, if they agree on any language that is not an official language of the Centre, the Tribunal, after consultation with the Secretary-General, gives its approval. If the parties do not agree on any such procedural language, each of them may select one of the official languages for this purpose.

(2) If the parties agree on one procedural language, or both parties select the same, that language shall be used for all instruments, at the hearing and for the minutes, as well as for the orders and the award of the Tribunal.

(3) If the parties agree on two procedural languages, or each party selects a different one, any instrument may be filed in either such language. Statements made before the Tribunal or by one of its members in one procedural language shall, unless the Tribunal decides to dispense therewith, be interpreted into the other procedural language. The orders and the award of the Tribunal shall be rendered and the minutes kept in both procedural languages, both versions being equally authentic.

(4) Notwithstanding paragraphs (2) and (3), the Tribunal may authorize the use of a language other than a procedural language for a specified part of the proceeding. In such event it shall determine to what extent translation and interpretation into and from the procedural languages is required.

(5) If a party uses a language other than an official language of the Centre, it shall be wholly responsible for the arrangements for and the special expenses incurred by any translation and interpretation into and from that language. [61 (2)]

Rule 22

Copies of Instruments

Except as otherwise provided by the Tribunal after consultation with the parties and the Secretary-General, every request, pleading, application, written observation or other instrument shall be filed in the form of a signed original accompanied by the following number of additional copies:

- (a) before the number of members of the Tribunal has been determined: five;
- (b) after the number of members of the Tribunal has been determined: two more than the number of its members.

Rule 23

Supporting Documentation

(1) Every request, pleading, application, written observation or other instrument filed by a party may be accompanied by supporting documentation, in such form and number of copies as required by Administrative and Financial Regulation 30.

(2) Supporting documentation shall ordinarily be filed together with the instrument to which it relates, and in any case within the time limit fixed for the filing of such instrument.

Rule 24

Correction of Errors

An accidental error in any instrument or supporting document may, with the consent of the other party or by leave of the Tribunal, be corrected at any time before the award is rendered. [51 (1)]

Rule 25

Time Limits

(1) Where required, time limits shall be fixed by the Tribunal by assigning dates for the completion of the various steps in the proceeding. The Tribunal may delegate this power to its President.

(2) The Tribunal may extend any time limit that it has fixed. If the Tribunal is not in session, this power shall be exercised by its President.

(3) Any step taken after expiration of the applicable time limit shall be disregarded unless the Tribunal, in special circumstances and after giving the other party an opportunity of stating its views, decides otherwise.

Rule 26

Waiver

A party which knows or should have known that a provision of the Administrative and Financial Regulations, of these Rules, of any other rules or agreement applicable to the proceeding, or of an order of the Tribunal has not been complied with and which fails to state promptly its objections thereto, shall be deemed—subject to Article 45 of the Convention—to have waived its right to object. [44]; [45]

Rule 27

Cost of Proceeding

(1) Without prejudice to the final decision on the payment of the cost of the proceeding, the Tribunal may, unless otherwise agreed by the parties, decide:

(a) at any stage of the proceeding, the portion which each party shall pay, pursuant to Administrative and Financial Regulation 13, of the fees and expenses of the Tribunal and the charges for the use of the facilities of the Centre; [59]; [61 (2)]

(b) with respect to any part of the proceeding, that the related costs (as determined by the Secretary-General) shall be borne entirely or in a particular share by one of the parties.

(2) Promptly after the closure of the proceeding, each party shall submit to the Tribunal a statement of costs reasonably incurred or borne by it in the proceeding and the Secretary-General shall submit to the Tribunal an account of all amounts paid by each party to the Centre and of all costs incurred by the Centre for the proceeding. The Tribunal may, before the award has been rendered, request the parties and the Secretary-General to provide additional information concerning the cost of the proceeding. [61 (2)]

CHAPTER IV

WRITTEN AND ORAL PROCEDURES

Rule 28

Normal Procedures

Except if the parties otherwise agree, the proceeding shall comprise two distinct phases: a written procedure followed by an oral one.

Rule 29

Transmission of the Request

As soon as the Tribunal is constituted, the Secretary-General shall transmit to each member a copy of the request by which the proceeding was initiated, of the supporting documentation, of the notice of registration and of any communication received from either party in response thereto.

Rule 30

The Written Procedure

(1) In addition to the request for arbitration, the written procedure shall consist of the following pleadings, filed within time limits set by the Tribunal:

- (a) a memorial by the requesting party;
 - (b) a counter-memorial by the other party;
- and, if the parties so agree or the Tribunal deems it necessary:
- (c) a reply by the requesting party; and
 - (d) a rejoinder by the other party.

(2) If the request was made jointly, each party shall, within the same time limit determined by the Tribunal, file its memorial and, if the parties so agree or the Tribunal deems it necessary, its reply; however, the parties may instead agree that one of them shall, for the purposes of paragraph (1), be considered as the requesting party.

(3) A memorial shall contain: a statement of the relevant facts; a statement of law; and the submissions. A counter-memorial, reply or rejoinder shall contain an admission or denial of the facts stated in the last previous pleading; any additional facts, if necessary; observations concerning the statement of law in the last previous pleading; a statement of law in answer thereto; and the submissions.

Rule 31

The Oral Procedure

- (1) The oral procedure shall consist of the hearing by the Tribunal of the parties, their agents, counsel and advocates, and of witnesses and experts.
- (2) The Tribunal shall decide, with the consent of the parties, which other persons besides the parties, their agents, counsel and advocates, witnesses and experts during their testimony, and officers of the Tribunal may attend the hearings.
- (3) The members of the Tribunal may, during the hearings, put questions to the parties, their agents, counsel and advocates, and ask them for explanations.

Rule 32

Marshalling of Evidence

Without prejudice to the rules concerning the production of documents, each party shall, within time limits fixed by the Tribunal, communicate to the Secretary-General, for transmission to the Tribunal and the other party, precise information regarding the evidence which it intends to produce and that which it intends to request the Tribunal to call for, together with an indication of the points to which such evidence will be directed. [43]

Rule 33

Evidence: General Principles

- (1) The Tribunal shall be the judge of the admissibility of any evidence adduced and of its probative value.
- (2) The Tribunal may, if it deems it necessary at any stage of the proceeding:
 - (a) call upon the parties to produce documents, witnesses and experts; and
 - (b) visit any place connected with the dispute or conduct inquiries there. [43]
- (3) The parties shall cooperate with the Tribunal in the production of the evidence and in the other measures provided for in paragraph (2). The Tribunal shall take formal note of the failure of a party to comply with its obligations under this paragraph and of any reasons given for such failure.
- (4) Expenses incurred in producing evidence and in taking other measures in accordance with paragraph (2) shall be deemed to constitute part of the expenses incurred by the parties within the meaning of Article 61 (2) of the Convention. [61 (2)]

Rule 34

Examination of Witnesses and Experts

- (1) Witnesses and experts shall be examined before the Tribunal by the parties under the control of its President. Questions may also be put to them by any member of the Tribunal.
- (2) Each witness shall make the following declaration before giving his evidence:
"I solemnly declare upon my honour and conscience that I shall speak the truth, the whole truth and nothing but the truth."
- (3) Each expert shall make the following declaration before making his statement:
"I solemnly declare upon my honour and conscience that my statement will be in accordance with my sincere belief."

Rule 35

Witnesses and Experts: Special Rules

Notwithstanding Rule 34, the Tribunal may:

- (a) admit evidence given by a witness or expert in a written deposition; and
- (b) with the consent of both parties, arrange for the examination of a witness or expert otherwise than before the Tribunal itself. The Tribunal shall define the subject of the examination, the time limit, the procedure to be followed and other particulars. The parties may participate in the examination. Minutes shall be kept in accordance with Rule 37, *mutatis mutandis*.

Rule 36

Visits and Inquiries

If the Tribunal considers it necessary to visit any place connected with the dispute or to conduct an inquiry there, it shall make an order to this effect. The order shall define the scope of the visit or the subject of the inquiry, the time limit, the procedure to be followed and other particulars. The parties may participate in any visit or inquiry. Minutes shall be kept in accordance with Rule 37, *mutatis mutandis*. [43 (b)]

Rule 37

Minutes

- (1) The Secretary-General shall keep minutes of all hearings; these shall include:
 - (a) the place, date and time of the hearing;
 - (b) the names of the members of the Tribunal present;
 - (c) the designation of each party present;
 - (d) the names of the agents, counsel and advocates present;
 - (e) the names, descriptions and addresses of the witnesses and experts heard;
 - (f) a summary record of the evidence produced;
 - (g) a summary record of the statements made by the parties;
 - (h) a summary record of the questions put to the parties by the members of the Tribunal, as well as of the replies thereto; and
 - (i) any order made or announced by the Tribunal.
- (2) The minutes of the hearing shall be signed by the President of the Tribunal and the Secretary-General. These minutes alone shall be authentic. They shall not be published without the consent of the parties. [11]; [48 (5)]
- (3) The Tribunal may, and at the request of a party shall, order that the hearings be more fully recorded.

Rule 38

Closure of the Proceeding

- (1) When the presentation of the case by the parties is completed, the proceeding shall be declared closed.
- (2) Exceptionally, the Tribunal may, before the award has been rendered, reopen the proceeding on the ground that new evidence is forthcoming of such a nature as to constitute a decisive factor, or that there is a vital need for clarification on certain specific points.

CHAPTER V
PARTICULAR PROCEDURES

Rule 39

Provisional Measures

- (1) At any time during the proceeding a party may request that provisional measures for the preservation of its rights be recommended by the Tribunal. The request shall specify the rights to be preserved, the measures the recommendation of which is requested, and the circumstances that require such measures. [47]
- (2) The Tribunal shall give priority to the consideration of a request made pursuant to paragraph (1).
- (3) The Tribunal may also recommend provisional measures on its own initiative or recommend measures other than those specified in a request. It may at any time modify or revoke its recommendations.
- (4) The Tribunal shall only recommend provisional measures, or modify or revoke its recommendations, after giving each party an opportunity of presenting its observations.

Rule 40

Ancillary Claims

- (1) Except as the parties otherwise agree, a party may present an incidental or additional claim or counter-claim arising directly out of the subject-matter of the dispute, provided that such ancillary claim is within the scope of the consent of the parties and is otherwise within the jurisdiction of the Centre. [25 (1)]; [46]
- (2) An incidental or additional claim shall be presented not later than in the reply and a counter-claim no later than in the counter-memorial, unless the Tribunal, upon justification by the party presenting the ancillary claim and upon considering any objection of the other party, authorizes the presentation of the claim at a later stage in the proceeding.
- (3) The Tribunal shall fix a time limit within which the party against which an ancillary claim is presented may file its observations thereon.

Rule 41

Objections to Jurisdiction

- (1) Any objection that the dispute or any ancillary claim is not within the jurisdiction of the Centre or, for other reasons, is not within the competence of the Tribunal shall be made as early as possible. A party shall file the objection with the Secretary-General no later than the expiration of the time limit fixed for the filing of the counter-memorial, or, if the objection relates to an ancillary claim, for the filing of the rejoinder—unless the facts on which the objection is based are unknown to the party at that time. [41]
- (2) The Tribunal may on its own initiative consider, at any stage of the proceeding, whether the dispute or any ancillary claim before it is within the jurisdiction of the Centre and within its own competence. [41]
- (3) Upon the formal raising of an objection relating to the dispute, the proceeding on the merits shall be suspended. The President of the Tribunal, after consultation with its other members, shall fix a time limit within which the parties may file observations on the objection.
- (4) The Tribunal shall decide whether or not the further procedures relating to the objection shall be oral. It may deal with the objection as a preliminary question or join it to the merits of the dispute. If the Tribunal overrules the objection or joins it to the merits, it shall once more fix time limits for the further procedures. [41 (2)]
- (5) If the Tribunal decides that the dispute is not within the jurisdiction of the Centre or not within its own competence, it shall render an award to that effect.

Rule 42

Default

- (1) If a party (in this Rule called the “defaulting party”) fails to appear or to present its case at any stage of the proceeding, the other party may, at any time prior to the discontinuance of the proceeding, request the Tribunal to deal with the questions submitted to it and to render an award. [45 (2)]
- (2) The Tribunal shall promptly notify the defaulting party of such a request. Unless it is satisfied that that party does not intend to appear or to present its case in the proceeding, it shall, at the same time, grant a period of grace and to this end: [45 (2)]
 - (a) if that party had failed to file a pleading or any other instrument within the time limit fixed therefor, fix a new time limit for its filing; or
 - (b) if that party had failed to appear or present its case at a hearing, fix a new date for the hearing.The period of grace shall not, without the consent of the other party, exceed 60 days.
- (3) After the expiration of the period of grace or when, in accordance with paragraph (2), no such period is granted, the Tribunal shall resume the consideration of the dispute. Failure of the defaulting party to appear or to present its case shall not be deemed an admission of the assertions made by the other party. [45 (1)]
- (4) The Tribunal shall examine the jurisdiction of the Centre and its own competence in the dispute and, if it is satisfied, decide whether the submissions made are well-founded in fact and in law. To this end, it may, at any stage of the proceeding, call on the party appearing to file observations, produce evidence or submit oral explanations. [41 (1)]; [45 (2)]

Rule 43

Settlement and Discontinuance

- (1) If, before the award is rendered, the parties agree on a settlement of the dispute or otherwise to discontinue the proceeding, the Tribunal, or the Secretary-General if the Tribunal has not yet been constituted, shall, at their written request, in an order take note of the discontinuance of the proceeding.
- (2) If the parties file with the Secretary-General the full and signed text of their settlement and in writing request the Tribunal to embody such settlement in an award, the Tribunal may record the settlement in the form of its award.

Rule 44

Discontinuance at Request of a Party

If a party requests the discontinuance of the proceeding, the Tribunal, or the Secretary-General if the Tribunal has not yet been constituted, shall in an order fix a time limit within which the other party may state whether it opposes the discontinuance. If no objection is made in writing within the time limit, the other party shall be deemed to have acquiesced in the discontinuance and the Tribunal, or if appropriate the Secretary-General, shall in an order take note of the discontinuance of the proceeding. If objection is made, the proceeding shall continue.

Rule 45

Discontinuance for Failure of Parties to Act

If the parties fail to take any steps in the proceeding during six consecutive months or such period as they may agree with the approval of the Tribunal, or of the Secretary-General if the Tribunal has not yet been constituted, they shall be deemed to have discontinued the proceeding and the Tribunal, or if appropriate the Secretary-General, shall, after notice to the parties, in an order take note of the discontinuance.

CHAPTER VI
THE AWARD

Rule 46

Preparation of the Award

The award shall be drawn up and signed within 60 days after the closure of the proceeding. The Tribunal may, however, extend this period by a further 30 days if it would otherwise be unable to draw up the award. [48]

Rule 47

The Award

(1) The award shall be in writing and shall contain:

- (a) a precise designation of each party;
- (b) a statement that the Tribunal was established under the Convention, and a description of the method of its constitution;
- (c) the name of each member of the Tribunal, and an identification of the appointing authority of each;
- (d) the names of the agents, counsel and advocates of the parties; [48 (2), (3)]
- (e) the dates and place of the sittings of the Tribunal;
- (f) a summary of the proceeding;
- (g) a statement of the facts as found by the Tribunal;
- (h) the submissions of the parties;
- (i) the decision of the Tribunal on every question submitted to it, together with the reasons upon which the decision is based; and
- (j) any decision of the Tribunal regarding the cost of the proceeding.

(2) The award shall be signed by the members of the Tribunal who voted for it; the date of each signature shall be indicated. [48 (2)]

(3) Any member of the Tribunal may attach his individual opinion to the award, whether he dissents from the majority or not, or a statement of his dissent. [48 (4)]

Rule 48

Rendering of the Award

(1) Upon signature by the last arbitrator to sign, the Secretary-General shall promptly:

[11]; [48 (4)]; [49 (1)]
(a) authenticate the original text of the award and deposit it in the archives of the Centre, together with any individual opinions and statements of dissent; and

(b) dispatch a certified copy of the award (including individual opinions and statements of dissent) to each party, indicating the date of dispatch on the original text and on all copies.

(2) The award shall be deemed to have been rendered on the date on which the certified copies were dispatched. [49 (1)]

(3) The Secretary-General shall, upon request, make available to a party additional certified copies of the award. [11]

(4) The Centre shall not publish the award without the consent of the parties. [48 (5)]

Rule 49

Supplementary Decisions and Rectification

(1) A request for a supplementary decision on or the rectification of an award pursuant to Article 49 (2) of the Convention shall be addressed in writing to the Secretary-General and shall: [49 (2)]

(a) identify the award to which it relates;

(b) indicate the date of the request;

(c) state in detail:

(i) any question which, in the opinion of the requesting party, the Tribunal omitted to decide in the award; and

(ii) any error in the award which the requesting party seeks to have rectified; and

(d) be accompanied by the fee for lodging the request, as required by Administrative and Financial Regulation 15 (2).

(2) Upon receiving the request, the Secretary-General shall forthwith register it in the Arbitration Register, except that he shall instead inform the requesting party of his refusal to register it if he received the request more than 45 days after the award was rendered. [49 (2)]

(3) After registering the request, the Secretary-General shall forthwith:

(a) notify both parties of the registration;

(b) transmit to the other party a copy of the request and of any accompanying documentation; and [11]; [49 (2)]

(c) transmit to each member of the Tribunal a copy of the notice of registration, together with a copy of the request and of any accompanying documentation.

(4) The President of the Tribunal shall consult its other members on whether it is necessary for the Tribunal to meet in order to consider the request. The Tribunal shall fix a time limit for the parties to file their observations on the request and shall determine the further procedure for the consideration of the request.

(5) Rules 46-48 shall apply, mutatis mutandis, to any decision of the Tribunal pursuant to this Rule. [49 (2)]

CHAPTER VII

INTERPRETATION, REVISION AND ANNULMENT OF THE AWARD

Rule 50

The Application

(1) An application for the interpretation, revision or annulment of an award shall be addressed in writing to the Secretary-General and shall: [50 (1)]; [51 (1)]; [51 (2)]; [52 (1)]; [52 (2)]

(a) identify the award to which it relates;

(b) indicate the date of the application;

(c) state in detail, in an application for:

(i) interpretation, the precise points in dispute;

(ii) revision, the change sought in the award as well as the full particulars necessary to show that the conditions laid down by Article 51 (1) and (2) of the Convention are fulfilled;

(iii) annulment, the grounds on which the application is founded pursuant to Article 52 (1) of the Convention as well as the full particulars necessary to show that the conditions laid down by Article 52 (2) of the Convention are fulfilled; and

(d) be accompanied by the fee for lodging the application, as required by Administrative and Financial Regulation 15 (2).

(2) Upon receiving the application, the Secretary-General shall forthwith register it in the Arbitration Register, except that he shall instead inform the requesting party of his refusal to register it if:

[11]; [51 (2)]; [52 (2)]
(a) it is an application for revision which he received more than three years after the award or any subsequent decision pursuant to Rule 49 (5) was rendered;

(b) it is an application for annulment based on Article 52 (1) (a), (b), (d) or (e) of the Convention which he received more than 120 days after the award or any subsequent decision pursuant to Rule 49 (5) was rendered;

(c) it is an application based on Article 52 (1) (c) of the Convention which he received more than three years after the award or any subsequent decision pursuant to Rule 49 (5) was rendered.

(3) After registering the application, the Secretary-General shall forthwith:

- (a) notify both parties of the registration; and [11]
- (b) transmit to the other party a copy of the application and of any accompanying documentation.

Rule 51

Interpretation or Revision: Further Procedures

(1) Upon registration of an application for the interpretation or revision of an award, the Secretary-General shall forthwith: [50 (2)]; [51 (3)]

(a) transmit to each member of the original Tribunal a copy of the notice of registration, together with a copy of the application and of any accompanying documentation; and

(b) request each member of the Tribunal to inform him within a specified time limit whether that member is willing to take part in the consideration of the application.

(2) If all members of the Tribunal express their willingness to take part in the consideration of the application, the Secretary-General shall so notify the members of the Tribunal and the parties. Upon dispatch of these notices the Tribunal shall be deemed to be reconstituted. [50 (2)]; [51 (3)]

(3) If the Tribunal cannot be reconstituted in accordance with paragraph (2), the Secretary-General shall so notify the parties and invite them to proceed, as soon as possible, to constitute a new Tribunal by the same method as the original one, in accordance with Chapter I of these Rules (excepting Rule 2). [11]; [50 (2)]; [51 (3)]

Rule 52

Annulment: Further Procedures

(1) Upon registration of an application for the annulment of an award, the Secretary-General shall forthwith request the Chairman of the Administrative Council to appoint an ad hoc Committee in accordance with Article 52 (3) of the Convention. [52 (3)]

(2) The Committee shall be deemed to be constituted on the date the Secretary-General notifies the parties that all members have accepted their appointment. Rule 6 (2) shall apply, mutatis mutandis.

Rule 53

Rules of Procedure

Chapters II to V (excepting Rules 39 and 40) of these Rules shall apply mutatis mutandis to any procedure relating to the interpretation, revision or annulment of an award, and Chapter VI shall similarly apply to the decision by the Tribunal or Committee. [52 (4)]

Rule 54

Stay of Enforcement of the Award

(1) The party applying for the interpretation, revision or annulment of an award may in its application, and either party may at any time before the final disposition of the application, request a stay in the enforcement of part or all of the award to which the application relates. The Tribunal or Committee shall give priority to the consideration of such a request. [50 (2)]; [51 (4)]; [52 (5)]

(2) If an application for the revision or annulment of an award contains a request for a stay of its enforcement, the Secretary-General shall, together with the notice of registration, inform both parties of the provisional stay of the award. As soon as the Tribunal or Committee is constituted it shall, if either party requests, rule within 30 days on whether such stay should be continued; unless it decides to continue the stay, it shall automatically be terminated. [11]; [51 (4)]; [52 (5)]

(3) If a stay of enforcement has been granted pursuant to paragraph (1) or continued pursuant to paragraph (2), the Tribunal or Committee may at any time modify or terminate the stay at the request of either party. All stays shall automatically terminate on the date on which a final decision is rendered on the application, except that a Committee granting the partial annulment of an award may order the temporary stay of enforcement of the unannulled portion in order to give either party an opportunity to request any new Tribunal constituted pursuant to Article 52 (6) of the Convention to grant a stay pursuant to Rule 55 (3).

(4) A request pursuant to paragraph (1), (2) (second sentence) or (3) shall specify the circumstances that require the stay or its modification or termination. A request shall only be granted after the Tribunal or Committee has given each party an opportunity of presenting its observations.

(5) The Secretary-General shall promptly notify both parties of the stay of enforcement of any award and of the modification or termination of such a stay, which shall become effective on the date on which he dispatches such notification. [11]; [53 (1)]

Rule 55

Resubmission of Dispute after an Annulment

(1) If a Committee annuls part or all of an award, either party may request the resubmission of the dispute to a new Tribunal. Such a request shall be addressed in writing to the Secretary-General and shall: [52 (3)]; [52 (6)]

(a) identify the award to which it relates;

(b) indicate the date of the request;

(c) explain in detail what aspect of the dispute is to be submitted to the Tribunal; and

(d) be accompanied by the fee for lodging the request as required by Administrative and Financial Regulation 15 (3).

(2) Upon receipt of the request, the Secretary-General shall forthwith:

(a) register it in the Arbitration Register;

(b) notify both parties of the registration; [11]; [52 (6)]

(c) transmit to the other party a copy of the request and of any accompanying documentation;

(d) invite the parties to proceed, as soon as possible, to constitute a new Tribunal by the same method as the original one, in accordance with Chapter I of these Rules (excepting Rule 2).

(3) If the original award had only been annulled in part, the new Tribunal shall not reconsider any portion of the award not so annulled. It may, however, in accordance with the procedures set forth in Rule 54, stay or continue to stay the enforcement of the unannulled portion of the award until the date its own award is rendered. [52 (6)]; [53 (1)]

(4) Except as otherwise provided in paragraphs (1)-(3), these Rules shall apply to a proceeding on a resubmitted dispute in the same manner as if such dispute had been submitted pursuant to the Institution Rules.

CHAPTER VIII

GENERAL PROVISIONS

Rule 56

Final Provisions

(1) The texts of these Rules in each official language of the Centre shall be equally authentic.

(2) These Rules may be cited as the "Arbitration Rules" of the Centre.

[6 (1) (c)]

(3) The headings of the Chapters and Rules are for convenience of reference only and are not part of these Rules.

C. Unterwerfungsverfahren nach Art. 25 Abs. 1

Die dem Zentrum auf offiziellem Wege bisher zur Kenntnis gebrachten Unterwerfungsvereinbarungen wurden als Schiedsklauseln in den Vertrag zwischen dem Anlagestaat und dem ausländischen Investor aufgenommen¹. In den nachstehenden Beispielen wurde der Vertrag durch Umgießung in ein innerstaatliches Gesetz ratifiziert.

a.

Der folgende Vertrag zwischen Mauretanien und der amerikanischen Gesellschaft Société Planet Oil and Mineral Corporation, der das Aufsuchen, die Gewinnung und den Transport von Rohöl vornehmlich zum Gegenstand hat, wurde in der ursprünglichen Fassung am 29. Juli 1966 ratifiziert². In Art. 18 vereinbarten dort die Parteien, im Falle von Streitigkeiten die Dienste des Ständigen Haager Schiedshofes in Anspruch zu nehmen³. Unter anderem wurde letztere Bestimmung durch die hier wiedergegebene Fassung modifiziert⁴:

Loi no. 67.162 au 18 juillet 1967 approuvant et ratifiant les modifications à la convention de longue durée d'établissement et de fonctionnement passée entre la République islamique de Mauritanie et la Société Planet Oil and Mineral Corporation.

L'Assemblée nationale a délibéré et adopté,

Le Président de la République promulgue la loi dont la teneur suit:

Article premier. — Sont approuvées et ratifiées les modifications aux articles nos 8, 10-1^o, 10-5^o, 10-6^o, 11, 12-1^o, 12-2^o, 13, 14, 16, 17, 18 et 10 de l'annexe III, de la convention de longue durée d'établissement et de fonctionnement passée entre la République islamique de Mauritanie et la Société Planet Oil and Mineral Corporation, approuvée et ratifiée par la loi no 66.160 du 29 juillet 1966, modifications annexées à la présente loi.

Art. 2. — La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat.

Fait à Nouakchott, le 18 juillet 1967.

Art. 18. — Les parties conviennent de soumettre tous différends découlant de la présente convention, de ses annexes ou de tous autres engagements contractuels entre les parties, à une procédure d'arbitrage. Elles s'efforceront néanmoins de recourir au préalable à une procédure de conciliation.

Les parties recourront à cet effet aux services du Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (International Center for the Settlement of Investment Disputes).

Pour l'application du présent article:

1. La Société sera en tout état de cause conventionnellement considérée non ressortissante de la République islamique de Mauritanie en raison du contrôle exercé sur elle par des intérêts étrangers.

2. Un différend sera considéré comme né dès que l'une des parties à la présente convention aura notifié par écrit à l'autre son intention de recourir à la conciliation ou à l'arbitrage ou dès que les deux parties auront convenue d'un commun accord de soumettre le différend à la procédure de conciliation ou d'arbitrage.

Le tribunal arbitral statuera ex aequo et bono. Les parties s'engagent à se conformer à la décision du tribunal arbitral.

L'introduction d'un recours en conciliation ou en arbitrage aura un effet suspensif.

Sous réserve des dispositions de l'article 52 de la convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats du 18 mars 1965, la sentence arbitrale sera rendue à titre définitif et irrévocable, les parties renonçant formellement et sans autre réserves à tout droit de l'attaquer ou de faire échec à son exécution par n'importe quel moyen et à tout recours devant quelque juridiction que ce soit.

Au cas où la procédure d'arbitrage aboutirait à une sentence arbitrale faisant obligation à la République islamique de Mauritanie de payer une somme d'argent à la Société, cette dernière aura le droit de compenser ladite somme avec les montants par elle dus à la République islamique de Mauritanie pour quelque cause que ce soit, y compris les obligations d'ordre fiscal.

b.

Am gleichen Tage wurde ein weiterer Vertrag zwischen Mauretanien und der inländischen Gesellschaft Société minière de Mauritanie (S.O.M.I.M.A.) ratifiziert, dessen Gegenstand und Schiedsklausel hier wiedergegeben sind⁵. Es fällt auf, daß Art. 50 Abs. 1 wohl eine Unterwerfungsvereinbarung beinhaltet, doch verabsäumt zu bestimmen, welche „funktionelle“ Staatsangehörigkeit diese Gesellschaft besitzt. Auf die Bedenklichkeit dieser Bestimmung wurde hingewiesen⁶.

Convention d'établissement entre la République islamique de Mauritanie et la Société Minière de Mauritanie

Considérant que l'exploitation du gisement de minerais de cuivre de la région d'Akjoujt présente un intérêt prioritaire pour le développement de la République islamique de Mauritanie ;

— Que cette exploitation qui nécessite d'importants investissements et l'établissement de plans à long terme, suppose la stabilisation des conditions générales, juridiques, financières, économiques et fiscales actuelles, en fonction desquelles la réalisation du projet a été décidée ;

— Que la Société signataire s'est engagée à mettre en œuvre tous les moyens nécessaires pour la mise en exploitation du gisement ;

— Que, de son côté, la République islamique de Mauritanie, soucieuse de faciliter et de participer à la réussite de l'opération ainsi envisagée, a décidé de lui apporter toute sa coopération ;

La République islamique de Mauritanie, représentée à l'effet des présentes par M. Moktar ould Daddah, Président de la République, Chef de l'Etat agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont conférés par la Constitution, et

La Société minière de Mauritanie (S.O.M.I.M.A.), société anonyme de droit mauritanien, au capital de 2 000 000 000 (deux milliards) de francs C.F.A., dont le siège social à Nouakchott (République islamique de Mauritanie), représentée par son président, agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont délégués par le Conseil d'administration . . .

Art. 50. — « Les parties conviennent de soumettre tous différends découlant de la présente convention, ou de de ses annexes, à une procédure d'arbitrage. »

Les parties recourront à cet effet aux services du Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (International Center for the Settlement of Investment Disputes).

Uniquement pour l'application du présent article.

1 Dazu oben S. 281 f.

2 Journal Officiel de la République Islamique de Mauritanie, 21. September 1966, Nos. 190—191, S. 303 ff.

3 Dazu oben S. 283.

4 Entnommen dem Journal Officiel vom 19. Juli 1967, No. 210, S. 189 ff.

5 Journal Officiel vom 19. Juli 1967, S. 192.

6 Siehe oben S. 286.

1. La Société est conventionnellement considérée comme non ressortissante de la République islamique de Mauritanie en raison du contrôle exercé sur elle par des intérêts étrangers.

2. Un différend sera considéré comme né dès que l'une des parties à la présente convention aura notifié à l'autre son intention de recourir à l'arbitrage ou dès que les deux parties auront convenu d'un commun accord de soumettre le différend à la procédure d'arbitrage.

Le tribunal arbitral statuera ex aequo et bono.

Les parties s'engagent à se conformer à la décision du tribunal arbitral.

c.

Während in den genannten Beispielen die Parteien hinsichtlich des anzuwendenden Rechtes eine Entscheidung „ex aequo et bono“ vereinbarten, gibt der folgende Vertrag zwischen Island und der Schweizer Gesellschaft Swiss Aluminium Ltd. (Alusuisse) vom 20. September 1966⁷ im Sinne von Art. 42 der Konvention dem innerstaatlichen Recht den Vorzug⁸. Weiter sollen Streitigkeiten mit einem niedrigen Streitwert oder klarer Rechtslage der Entscheidung innerstaatlicher Gerichte vorbehalten bleiben. Die Formulierung des ersten Satzes des Art. 47 wirft die Frage auf, ob es sich hier um eine echte Unterwerfung unter die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Zentrums handelt, da die Klausel „upon the consent of both“ eine zusätzliche Willenseinigung zu erfordern scheint. Doch auf der anderen Seite spricht der Textzusammenhang eher für eine Annahme der Jurisdiktion des Zentrums. Abschließend wäre noch hervorzuheben, daß der Vertrag die Anwendbarkeit der Schiedsklausel in Section 40.01 von der Ratifikation der Konvention durch die Schweiz⁹ abhängig macht, wobei subsidiär die Bestimmungen nach Section 40.02 gelten sollten.

D. Governing Law, Disputes and Arbitration

Article 45

Governing Law

This Agreement shall insofar as possible be construed, interpreted and applied in accordance with the provisions of this Agreement and the Scheduled Documents, and otherwise the construction, interpretation and application and the validity and effect of this Agreement shall be determined by Icelandic law and such rules of international law as may be applicable, including principles of law recognized by civilized nations in general.

Article 46

Disputes

If any dispute shall arise between the parties to this Agreement and the Performance Guaranty Agreement, between the parties all such parties shall make every good faith effort to settle amicably their differences. If such efforts fail to reach agreement, then the Government, on the one hand, and Alusuisse, on the other hand, may agree to submit the dispute to the Icelandic courts or an Icelandic arbitration tribunal for final determination, and failing such agreement, the Government or Alusuisse, as the case may be, shall submit such dispute to an international arbitration panel as provided in Article 47. It is not the intention of the Parties to this Agreement to resort to international arbitration for the settlement of any dispute which does not involve substantial amounts or issues of significance.

Article 47

International Arbitration

Section 47.01. If the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States dated 18 March 1965 ("SID Convention") is adopted and ratified by the Government and the Government of the Swiss Confederation without reservations or conditions, the Government and Alusuisse shall, upon the consent of both, submit to arbitration before the International Centre for Settlement of Investment Disputes ("SID Centre"), any dispute arising under this Agreement or the Scheduled Documents subject to its jurisdiction, and the arbitration procedures of the SID Convention and the rules of the SID Centre shall govern. Pursuant to Article 25 (2) (b) of the SID Convention, the Government and Alusuisse agree that ISAL¹⁰ shall be considered as a national of Switzerland for purposes of such Convention. Pursuant to Article 25 (1) of the SID Convention, the Government hereby designates Landsvirkjun¹¹ as an agency of the Government for purposes of such Convention.

Section 47.02. If the SID Convention is not applicable to a dispute, then international arbitration may be commenced by the Government or Alusuisse by giving notice to the persons named in Article 53 of this Agreement, including in such notice a statement of the matter required to be arbitrated. Such arbitration shall be by a board of three arbitrators, one of whom shall be chosen by the Government, one by Alusuisse and the third jointly by the Government and Alusuisse. The third arbitrator shall not be a Swiss or Icelandic national. If the Government and Alusuisse cannot agree upon the appointment of the third arbitrator, the latter shall be appointed at the request of either by the President of the International Court of Justice at The Hague ("International Court"). If the Government or Alusuisse does not appoint its arbitrator or does not advise the other of the appointment made by it within sixty days of the commencement of proceedings, the other shall have the right to apply to the President of the International Court to appoint a second arbitrator, and if the Government and Alusuisse do not appoint a third arbitrator within sixty days, the President of the International Court shall appoint the third arbitrator. If the President of the International Court shall be either a Swiss or Icelandic national or for any reason fails or is unable to act, then the Vice President of the International Court shall have the appointing power.

Section 47.03. The procedures for arbitration set forth in the Rules of the SID Centre and Chapter IV and Chapter V of the SID Convention shall govern arbitration pursuant to Section 47.02 to the extent not inconsistent with the provisions of this Article. The place of arbitration shall be such as may be agreed upon between the arbitrators, or failing such agreement, shall be at The Hague or, if the Government shall so request, shall be at Geneva, Switzerland. The award and any decision shall be made by a majority of the arbitration board. The arbitration board shall be the judge of its own competence and shall determine the language to be used at the proceedings. The decision of the arbitration board shall state its reasons in writing and the award shall be final and binding upon the parties to this Agreement and the Scheduled Contracts and upon each person who is entitled to intervene as a party in such arbitration proceedings as if it were a final judgement of a court of last resort of Iceland or Switzerland. The Parties to this Agreement and all such persons shall comply in good faith with the award. Wherever appropriate, arbitration awards hereunder shall specify a time for compliance therewith¹².

7 Dem Verfasser vom Zentrum freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

8 Dazu oben S. 293.

9 Dazu oben S. 297.

10 Art. 1 (e): "ISAL" shall mean Icelandic Aluminium Company Limited (Islenzka Alfélagid H/F), a subsidiary of Alusuisse organized as an Icelandic corporation pursuant to this Agreement and whose registered office is located in the Township.

11 Art. 1 (c): "Landsvirkjun" shall mean Landvirkjun (The National Power Company), a company established by the Act of the Althing No. 59, 30 May 1965, whose principal office is located in the City of Reykjavík, Iceland.

12 Vgl. oben S. 293.

Section 47.04. The arbitration board, constituted pursuant to either Section 47.01 or Section 47.02, may make a preliminary finding and grant preliminary relief pending a final determination of the dispute, including, but not limited to, requiring any party to take or refrain from taking any action or permitting any party to suspend performance of obligations.

Section 47.05. In case any arbitration award under this Article recognizes that a complaint was justified, provision may be made therein for such reparation as may be appropriate in favor of the complaining party. The costs of the arbitration shall be awarded in conformity with the usual practice in international arbitration.

Article 48

Force of Law and Effective Date

Section 48.01. Upon the signing of this Agreement and the Performance Guaranty Agreement by the Government and Alusuisse, this Agreement, with copies of the Scheduled Documents annexed, accompanied by the Law Bill related thereto, shall be submitted to the Althing for ratification and approval. Upon ratification and after all other legislative requirements are completed, and upon the occurrence of the conditions specified in Section 48.02, this Agreement shall become effective ("Effective Date") and have the force of law in Iceland . . .

D. Die Schiedsgerichtsbestimmungen des afghanischen Investitionsförderungsgesetzes vom 20. Februar 1967

Obwohl es sich in dem folgenden Beispiel um keine internationale Vereinbarung, sondern um einen innerstaatlichen Akt handelt, verdient das genannte Gesetz (Foreign and Domestic Investment Law mit Wirkung vom 20. Februar 1967) insofern Beachtung, als es in seinen Bestimmungen auf die Weltbankkonvention Bezug nimmt¹⁴. Es darf schließlich daran erinnert werden, daß Afghanistan bis zum gegebenen Zeitpunkt die Konvention noch nicht ratifiziert hat¹⁴.

Article 17

Protection and guarantee of the rights of Investors in case of Expropriation in accordance with the constitution of Afghanistan

Property within the provisions of this law is protected against Government expropriation in accordance with Article 29 of the Constitution.

Article 18

Appeal from administrative actions

If administrative actions are regarded by an investor as not being in conformity with the provisions of this law, the investor shall have the right of appeal to the Investment Committee.

If the decision of the Investment Committee is unsatisfactory to the petitioner, he may appeal to the Primary Commercial Court in Kabul, whose decision shall be final and binding.

Article 19

Arbitration

Except for cases mentioned in the foregoing Articles, disputes arising from the application of this law between the Royal Government of Afghanistan and foreign nationals shall be settled in accordance with the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, provided that the Government of Afghanistan and the foreign investor have agreed to do so. Such agreements shall be transmitted to the General Secretary of the International Centre for the Settlement of Investment Disputes as provided by the above Convention.

Other disputes arising between the above-mentioned foreign nationals and the Royal Government of Afghanistan shall be settled by arbitration as provided below. Each party shall appoint one arbitrator, who shall then jointly select a mutually-acceptable third arbitrator within thirty days. If within this period a third arbitrator is not selected, or if the second arbitrator is not appointed within thirty days after the other party has appointed and given notice of its arbitrator, then such arbitrator or arbitrators shall be appointed by the Secretary General of the above-mentioned International Centre.

The arbitral tribunal composed of the above three arbitrators shall determine its own rules of procedure and shall assess costs between the parties.

Decisions shall be taken by majority vote of the arbitrators.

The arbitral award shall be in writing, shall contain a statement of the reasons on which it is based and shall be published in the Official Gazette.

The arbitral award shall be accepted by the parties as the final adjudication of the dispute.

E. Die Schiedsklausel des Ölkonzessionsvertrages zwischen dem Irak und dem staatlichen französischen Ölkonzortium „Entreprise de recherches et d'activités pétrolières“ vom 3. Februar 1968¹⁵ [Contract between Iraq National Oil Company (INOC) and Entreprise de recherches et d'activités pétrolières (ERAP)]

Auf irakischer Seite wurde zwar dieser Vertrag von der staatlichen Gesellschaft INOC (Iraq National Oil Company) abgeschlossen, doch kann es kaum Zweifel geben, daß durch diesen der irakische Staat als solcher gebunden ist, wie aus der Präambel¹⁶ sowie aus der Tatsache, daß der Vertrag formell ratifiziert wurde, hervorgeht. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Bezeichnung des Vertrages: während frühere Konzessionsverträge den Titel „agreement“, ja sogar gelegentlich „convention“ trugen, verwendet dieser Vertrag den Ausdruck „contract“. Damit soll — trotz Schiedsklausel — der privatrechtliche Charakter des Vertrages unterstrichen und offensichtlich versucht werden, diesen der innerstaatlichen Rechtsordnung des Iraks zuzuordnen. Art. 35 Section 3 lit. g unterstreicht gleichfalls dieses Bemühen.

13 Quelle: 4 International Legal Materials (July 1967), S. 658.

14 Dazu siehe oben S. 299.

15 Quelle: Middle East Economic Survey, Vol. XI, No. 21. 22 March 1968, S. 3 ff.

16 PREAMBLE

Whereas the Government of Iraq is interested in securing the cooperation of French qualified contractors with a view to increase the benefits accruing to Iraq in conformity with the Iraqi national interest while developing the economic ties and strengthening the friendship between Iraq and France,
Whereas INOC desires to secure, within the framework of the existing petroleum Iraqi legislation, the cooperation of a qualified contractor to ensure the financing and performance of petroleum operations within a part of the onshore and offshore Iraqi territory,
Whereas ERAP possesses the funds, technical competence and management skills necessary to undertake and carry out successfully the operations aiming at expanding the production and export of Iraqi crude oil in certain defined and unexplored areas,
Whereas INOC and ERAP intend to carry out in a spirit of good faith and good will the provisions of this Contract,
Now therefore INOC and ERAP have agreed as follows . . .

Article 35

Settlement of Disputes

Section 1. All disputes arising in connection with the present Contract shall be finally settled by Arbitration.

Section 2. (a) Each Party shall appoint its Arbitrator within thirty (30) days from the initiation of the proceeding, the date of such initiation being deemed to be the date of the written notification issued to the other Party by the Party taking the initiative to resort to arbitration. The place of arbitration shall be determined by common consent of the Parties; in case of disagreement it shall be Baghdad.

(b) The arbitrator shall determine the procedure to be followed.

They shall decide upon the merits of the case in equity and in accordance with generally recognised principles of law.

(c) The arbitrators must make the award within sixty (60) days from the date of the notification referred to in Paragraph (a) hereabove.

(d) The award shall be given on an unanimous decision.

(e) If one of the Parties does not appoint its Arbitrator within the stated period of thirty (30) days referred to in paragraph (a) above, or if the two Arbitrators fail to make the award within the stated period of sixty (60) days referred to in paragraph (c) hereabove, this arbitration procedure shall terminate and the dispute shall then be finally settled according to the provisions of Section 3 hereafter.

Section 3. (a) INOC shall request the President (or, in his absence, the highest ranking Judge) of the Court of Cassation of Iraq to appoint an Arbitrator and ERAP shall request the President (or, in his absence, the highest ranking Judge) of the French Cour de Cassation to appoint the other Arbitrator. If any one of the two Arbitrators has not been appointed within thirty (30) days from the termination of the first arbitration procedure as defined under Section 2 (e) hereabove, either Party may request the appointment of such Arbitrator by the President of the Tribunal Federal in Lausanne, Switzerland, (or, in his absence, the highest ranking Judge of the said Tribunal).

If any one of the two Arbitrators thus appointed should be prevented for any reason whatsoever from carrying out his duties or if he should resign or leave his duties unfulfilled, a substitute shall be appointed, within thirty (30) days of such occurrence and/or decision, by the same Judge who has previously appointed the Arbitrator thus failing. It is understood that in case the Iraqi or French Judge fails to appoint a substitute within the stated period of thirty (30) days or if the substitute is unable or unwilling to carry out his duties, the appointment shall then be made by the President of the Tribunal Federal, in Lausanne, Switzerland, (or, in his absence, the highest ranking Judge of the said Tribunal).

(b) The two Arbitrators appointed in accordance with the provisions of paragraph (a) hereabove shall select a third Arbitrator to complete the Arbitral Tribunal and act as Chairman thereof. If the Arbitrators fail within thirty (30) days from the date of appointment of the one appointed last to agree on the person of the third Arbitrator, the latter shall be appointed at the request of either Party by the President of the Tribunal Federal in Lausanne, Switzerland, (or, in his absence, the highest ranking Judge of the said Tribunal).

If the third Arbitrator should be prevented for any reason whatsoever from carrying out his duties, or if he should resign or leave his duties unfulfilled, a substitute shall be selected and/or appointed in the manner defined hereabove.

However selected or appointed, the third Arbitrator shall never be a national either of Iraq or France. It is understood that in case of substitution (as provided for under paragraph (a) hereabove) of any one of the two Arbitrators who have selected the third Arbitrator, whenever such substitution shall take place, said third Arbitrator shall continue to act as Chairman of the Arbitral Tribunal.

(c) The place of Arbitration shall be determined by the Chairman of the Arbitral Tribunal. The Arbitration shall be conducted in accordance with the rules of procedure to be set forth by the Chairman.

(d) The Arbitral Tribunal shall decide upon the merits of the case in equity and in accordance with generally recognized principles of law.

(e) The Arbitral Tribunal must make the award within ninety (90) days from the date of appointment of the third Arbitrator, except otherwise agreed upon by the Parties during the course of the proceeding.

(f) Should the Parties reach an agreement before the Arbitral Tribunal, this shall be recorded in the form of an arbitral award made by consent of the Parties.

(g) The arbitral award shall be given on a majority decision. Failing a majority, the Chairman of the Arbitral Tribunal alone shall make the decision.

The arbitral award shall not be finally enforced in Iraq except after being ratified by the Competent Iraqi Court.

Section 4. Should the Government of Iraq and the Government of France agree on a general Agreement providing for Conciliation and Arbitration, such Agreement shall apply to disputes arising under or from this Contract and replace Sections 1, 2, and 3 above if it is specifically mentioned in such a general Agreement that it covers this Contract and provided that such a general Agreement is ratified by the Iraqi Government by Law.